

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Petřínstraße 16 • Telefon: 20795, 31403 • (Nachredaktionen): 20797 • Postfachamt: 37544

11. Jahrgang.

Donnerstag, 22. Oktober 1931

Nr. 246.

USA. erhöht Diskont!

New York, 20. Oktober. Die Federal Reserve Bank of Dallas hat die Diskonttrate von 3 auf 4 Prozent erhöht.

Japans Antwort.

Tokio, 21. Oktober. (Neuer.) Es verlautet, daß die japanische Antwort heute abends abgeschickt werden wird. In der Antwort sind drei Punkte enthalten: 1. Die Versicherung an die Sqnarmächte, daß Japan sich seiner Verpflichtungen bewußt sei und daß seine Aktion defensiv und nicht offensivem Charakter hätte; 2. Japan sei bereit, mit einer verantwortlichen chinesischen Regierung zu verhandeln und 3. Japan verlangt, daß die antijapanische Tätigkeit in China sowie der Wirtschaftsbeyott eingestellt werde, der keinen spontanen Ausdruck der chinesischen Bevölkerung darstellt, sondern durch Organisationen hervorgerufen wurde, die sich Antisowjetmacht anmaßen.

Genf, 21. Oktober. (Havas.) Die japanische Delegation hat der Presse ein Memorandum zur Verfügung gestellt, worin es heißt, daß die japanischen Abteilungen die Wandschüre verlassen werden, insofern die chinesischen Behörden die Garantie geben, daß die japanischen Bürger in China werden in Ruhe leben und arbeiten können.

Einkerbung der Vollversammlung des Völkerbundes?

Heute neue Einigungsversuche.

Genf, 21. Oktober. (Wolff.) Der heutige Tag war mit einer Reihe von Vesperehungen, die der Liquidierung des chinesisch-japanischen Konfliktes galten, ausgefüllt. Gegen Abend versammelten sich die Staatsmitglieder mit Ausnahme der Vertreter Japans und Chinas, um den Bericht Briand über die Lage entgegenzunehmen.

Wie verlautet, soll in der morgigen Sitzung im Beisein der Vertreter Japans und Chinas eventuell ein Beschluß über die Einkerbung einer Vollversammlung des Rates gefaßt werden. Man spricht nunmehr von zwei Alternativlösungen, die im Schoße des Rates vorbereitet würden.

Falls die Antwort Japans positiv im Sinne der Rückfrage Briand ausfalle, würde der Rat beiden Parteien folgende Empfehlung anheim geben: 1. Die japanischen Truppen werden zurückgezogen, 2. China übernimmt die Garantie für den Schutz der japanischen Staatsbürger in den geräumten Gebieten. Falls aber die japanische Antwort negativ ausfallen sollte, sollen die von Briand erzielten Auflagen eine schärfere Form der Verpflichtung erhalten durch die Festlegung eines bestimmten Termines. In beiden Fällen würde der Rat zu einer neuen Tagung in etwa 14 Tagen bis drei Wochen zusammenkommen, um die Durchführung seiner Beschlüsse zu überwachen.

Mulden, 21. Oktober. (Neuer.) Nach Tsching wurden in Elbe japanische Verstärkungen dirigiert.

Schober bleibt.

Wien, 21. Oktober. (Eigenbericht.) Die Großdeutschen haben heute nachmittags einen Beschluß gefaßt, daß sie sich mit dem Außenminister Schober, der bekanntlich von dem christlich-sozialen Zeitpfeil wegen seiner Außenpolitisch-betrieb ungetrübten worden war und dessen bevorstehenden Sturz die Christlichsozialen ununterbrochen melden, solidarisch erklären. Damit dürfte diese Kritik wahrscheinlich wieder für einige Zeit zum Schweigen gebracht worden sein.

Drahtlo's Begrüßung Labals.

Washington, 21. Oktober. (Neuer.) Staatssekretär Stimson begrüßte den Ministerpräsidenten Cavalloni namens des ganzen amerikanischen Volkes mit einer herzlichen Radiobotschaft. Labal antwortete auf dem gleichen Wege und drückte die Hoffnung aus, daß sein Besuch die französisch-amerikanische Zusammenarbeit zugunsten und für das Wohl der ganzen Welt noch mehr vertreiben werde.

Agrarische Quertreibereien gegen die Bauförderung.

Prag, 21. Oktober. Die Regierungsvorlagen über die Förderung der Baubewegung und über die Staatshilfe bei Elementarkatastrophen, über deren Fertigstellung wir bereits berichtet haben, sollten ursprünglich zuerst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Da jedoch infolge der Beratungen des Budgetausschusses über den Staatsvoranschlag das Abgeordnetenhaus in absehbarer Zeit zu einer Plenarsitzung nicht zusammenzutreten wird, wurde dieser Tage angeregt, die beiden Vorlagen dem Senat zu unterbreiten, der jetzt genügend Zeit zu seiner Beratung hätte.

Obwohl es sich bei diesen beiden Vorlagen um Dinge handelt, welche einerseits für die Landwirtschaft, andererseits für Tausende Bauarbeiter und Bauarbeiter von größter Wichtigkeit sind, haben die deutschen und tschechischen Agrarier im Verein mit den Nationaldemokraten und Gewerbetreibenden die sofortige Beratung dieser Vorlagen im Senat heute verhindert. In der Sitzung der koalitierten Parteien, zu der auch Udržal herbeigerufen wurde, wußten es die genannten Parteien unter Führung des aus ähnlichen Situationen bereits bekannten Donat nach längerer Debatte zu hintertreiben, daß noch für morgen eine formale Sitzung des Senates einberufen werde zu dem alleinigen Zweck, diese beiden Vorlagen aufzulegen und den Ausschüssen zur Durchberatung zu überweisen. Der Senat vertagte sich vielmehr bis Anfang November.

Offenbar geht die Absicht der Agrarier dahin, die Bauförderung mit der kommenden Mieterschutzvorlage zu verknüpfen, deren Vorlage das Fürsorgeministerium ja schon oft genug Gegenstand der heftigen Angriffe seitens der Agrarier war.

Die Bautätigkeit, die so vielen Bauarbeitern Verdienst bringt ist ohnedies schon stark zurückgegangen, seitdem im Juli die im letzten Bauförderungsgesetz festgelegte staatliche Garantiesumme von 650 Millionen erreicht worden ist und neue Staatsgarantien infolge dessen nicht mehr bewilligt werden können. Es steht zu befürchten, daß die gesamte private Bautätigkeit überhaupt bis zum Frühjahr lahmgelegt wird, falls die in der Novelle vorgeschlagene Erhöhung der staatlichen Kreditsumme auf 1100 Millionen nicht ehestens unter Dach und Fach gebracht wird.

Der Ministerrat wird sich morgen nochmals mit dem Schicksal der beiden Vorlagen zu befassen haben. Wenn aber in der nächsten Zeit infolge des Fehlens der staatlichen Garantien weitere tausende Bauarbeiter arbeitslos werden, wenn andererseits auch viele Landwirte, die infolge der letzten Elementarkatastrophen vor dem Ruin stehen, keine Unterstützung erhalten werden, so haben sie dies in erster Linie den deutschen und tschechischen Agrariern und deren allezeit gehorsamen Trabanten zu verdanken!

Freie Selbstverwaltung im demokratischen Staat.

Genosse Landesauschubbeisitzer Grund zum böhmischen Landesbudget.

Prag, 21. Oktober. Die Reihe der Redner in der Generaldebatte ist erschöpft, so daß morgen die Aussprache über die einzelnen Voranschlagskapitel beginnen kann. Von deutschen Parteien sprachen heute Dr. Kisinger (DABG.), J. und Dr. Ritter (Christlich-sozial), für unsere Partei

Genosse Grund,

dessen Rede wir entnehmen:

Die niederen Selbstverwaltungsverbände werden im nächsten Jahre um 45 Millionen K weniger an Zuschüssen erhalten, als im Jahre 1931, wenn nicht von der gesetzgebenden Körperschaft rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, daß ihnen dieser Fehlbetrag ersetzt wird. Aber die Finanznöte dieser Verbände kennt, muß sich bewußt sein, daß für sie der Einnahmehinfall von 45 Millionen K einen schweren, in der Krise doppelt empfindlichen Schlag bedeutet, der eine große Anzahl von ihnen unfähig machen wird, auch nur die primitivsten Aufgaben zu erfüllen. Für die Landesvertretung, die sich schweren Hetzens der Notwendigkeiten beugt, ist es nur ein schmerzlicher Trost, daß auch mit dem Opfer von 45 Millionen K der Verfall der Selbstverwaltung nicht aufzuhalten wäre, wie die Verteilung der Zuschüsse an Gemeinden und Bezirke im Jahre 1931 gezeigt hat.

Nicht nur bei uns, sondern auch in den demokratisch gewordenen Nachbarstaaten sind seit Kriegsende Ueberlegungen laut geworden, die der Selbstverwaltung in der Demokratie grundsätzlich eine andere Stellung zuweisen wollen, als im eben überwundenen Obrigkeitsstaat. Ueberlegungen, die meinen, mit Ueberwindung des Obrigkeitsstaates sei auch der eigentliche Zweck der Selbstverwaltung verloren gegangen. Daß dieser Gedankengang neben anderen unangenehmen Motiven, wie beispielsweise dem unerwünschten sozialistischen Einfluß in den Gemeinden, eine große, ja entscheidende Rolle bei der Grundeinstellung entscheidender Faktoren zur Selbstverwaltung gespielt haben, kann nicht bestritten werden, wenn festgehalten wird, wie schwächlich die Begründungen für die die Selbstverwaltung beschränkenden Maßnahmen sind. Der Schwächungswunsch war das Hauptargument, oft schon widerlegt, immer wiederholt und nie bewiesen.

Besonders ist es zu bedauern, daß P. P. K. K. keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um diesen Vorwurf immer wieder zu wiederholen. Er ist hierbei im Gegensatz zu dem offiziellen Vertreter seiner Partei im Verbands der Selbstverwaltungsorgane Herrn Peterle, der offiziell das Memorandum

mitgeschloßen und unterzeichnet hat, welches eine schlagende Widerlegung dieses Vorwurfes bildet.

Das eigentliche Kernstück in der Selbstverwaltung kann sich nun zweifellos auch in der Demokratie bewähren. Gewaltige Aufgaben hat die Selbstverwaltung erfüllt. Unser ganzes Sanitätswesen ist eine Schöpfung der Selbstverwaltung. Die Errichtung von Krankenhäusern, Irrenhäusern, Siechenhäusern, die Schaffung von Kanalisationen, von Tuberkuloseheimen usw. war zweifellos eine große Leistung. Und wenn die Selbstverwaltung auf nichts anderes hinzuweisen hätte, als auf diese hervorragenden Taten im Dienste der Volksgesundheit, wäre ihre Daseinsberechtigung auch heute noch erwiesen. Vertrautheit mit den örtlichen, persönlichen und sozialen Verhältnissen, die Initiative und die Lebenserfahrung sind Eigenschaften des Laienelementes in der Verwaltung, die auch eine hochqualifizierte Beamtenschaft niemals ersetzen kann.

Die Erwägungen über die Ueberflüssigkeit der Selbstverwaltung im demokratischen Staate sind also lebensfremd, sind grobe Theorie und halten einer näheren Untersuchung nicht stand.

Diese Erkenntnis sollte die Zukunft unserer Selbstverwaltung auf lange hinaus bestimmen. Die nächste Gegenwart der Selbstverwaltung wird freilich durch die

finanziellen Grundlagen

bestimmt werden. Die Landesvertretung möge nicht der Meinung sein, daß die im Resolutionsantrag vorgeschlagene Entschuldungskaktion ein endgültiges Heilmittel darstellt. Auch sie kann nur vorübergehende Linderung schaffen. Der Prozeß der Verschuldung wird aber gerade mit Rücksicht auf die oben geschilderten Ungleichheiten der Steuerkraft sofort von neuem beginnen. Ich verweise bei dieser Gelegenheit darauf, daß unsere Partei positive Vorschläge in der Richtung gemacht hat, nämlich in der Forderung nach

Zusammenlegung der Zwerggemeinden mit lebensfähigen Gebilden. Es wäre dann schließlich unser dringendster Wunsch, daß endlich einmal mit der Ueberung gebrochen wird, die wichtigsten Fragen der Selbstverwaltung von Menschen lösen zu lassen, die die Selbstverwaltung und ihre Aufgaben nicht kennen und für welche die Selbstverwaltung ein sistaalisches Problem ist. Nur durch Zugiehung der in der Selbstverwaltung tätigen Menschen zu allen Entscheidungen über die Selbstverwaltung wird es gelingen, das wertvolle Gut der Selbstverwaltung lebens- und leistungsfähig für die Zukunft zu erhalten.

Reorganisation?

Man kann vielen, was der Außenminister Dr. Benes in seinem in den Augenausstellungen erstatteten Exposé sagte, rückhaltlos zustimmen. Vor allem dem Ton, auf den er den Bericht gestimmt hatte und der maßvoll und taktvoll war. Der Außenminister will nicht den Ernst der Situation verkennen, der noch ist er noch immer, wenn auch gemäßig optimistisch. Anlaß dazu gibt ihm die Tatsache, daß es in anderen Ländern noch viel schlimmer ist, als bei uns und daß die Lage der Republik vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus nicht so schwierig ist, wie anderswo, wobei er nur hinzuzufügen unterlassen hat, daß dies mehr einer Reihe von Zufällen als voraussehendem staatsmännischem Weitblick zuzuschreiben ist. Hervorzuhoben ist, daß Dr. Benes wohl die Notwendigkeit des Sparens betonte, gleichzeitig aber sagte, es müsse eine solche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gemacht werden, daß die sozialen Unterschiede und Einnahmen der einzelnen Bevölkerungsschichten sich vernünftig ausgleichen, was wohl so zu verstehen ist, daß Wirtschaft und Finanzen nicht auf Kosten der minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu heilen versucht werden dürfen und daß nicht ein Stillstand oder gar ein Abbau der Sozialpolitik die bestehenden sozialen Unterschiede noch mehr steigern dürfe. Wichtig vom Standpunkte des verantwortlichen Staatsmannes war gewiß auch der Passus in Benes Rede, in dem er gerade im gegenwärtigen Momente die Richtigkeit und Notwendigkeit der Teilnahme der sozialistischen Parteien und der Deutschen in der Regierung hervorhob, wobei nicht unterlassen werden kann, darauf hinzuweisen, daß noch wenig geschehen ist, um das Plus an Konsolidierung, das die Teilnahme deutscher Parteien an der Regierung dem Staatsinteresse gebracht hat, entsprechend zu entgelten und daß auch nicht viel geschieht, um den sozialistischen Parteien ihr in den gegenwärtigen Notstandszeiten unerlässliches Wirken zu erleichtern.

Der Außenminister konnte sich nicht damit begnügen, ein Bild des wirtschaftlichen und finanzpolitischen Zustandes im Auslande und bei uns zu geben, er mußte auch Positives darüber sagen, wie ein Sinecismitteln in eine noch größere Katastrophe verhindert werden könnte. Leider ist dieses Positive recht mager ausgefallen. Selbst wenn man zugeben wollte, daß es Augenblicke gibt, wo man über Vorbereitungen, Pläne und Aktionen nicht mit aller Klarheit sprechen kann, müßte doch deutlicher zum Ausdruck kommen, was Konkretes zu geschehen hat. Dr. Benes hält dafür, daß unsere Währung fest bleibt und daß Gefahren, welche andere Staaten mit der Inflation bedrohen, bei uns „überhaupt nicht“ bestehen. Doch muß auch er zugeben, daß wir in einer Zeit des wirtschaftlichen und finanziellen Ueberganges leben; in solcher Zeit wird niemand die Garantie übernehmen, ob nicht alle Länder, auch jene, die man als „glücklichere“ Inseln im brodelnden Chaos anzusehen gewohnt war, in den Strudel hineingerissen werden.

Das Positive in des Außenministers Rede ist jedenfalls dürftig. Er versichert, daß wir uns in der Tschechoslowakei auf dem Wege einer schrittweisen, aber in der Sache selbst entschiedenen Entwicklung im Aufsuchen neuer wirtschaftlicher Formen nach Außen und im Innern befinden, aber diese Suche nach neuen außenpolitischen Wirtschaftsformen scheint eine recht langwierige werden zu wollen, denn Doktor Benes hält es für notwendig, in einem Atemzuge zu versichern, daß die Krise sich voraussichtlich „hinziehen“ wird und daß die einzelnen Staaten eine Zeitlang gezwungen sein werden, sich vor allem selbst zu helfen, erst

Berteidigung der sozialen Errungenschaften.

Die Rede des Genossen Dr. Heller zur Regierungserklärung.

Aus der bereits gestern gewürdigten Rede des Genossen Dr. Heller im Senat anlässlich der Debatte über die Regierungserklärung bringen wir folgenden ausführlicheren Auszug:

Genosse Dr. Heller erklärt zunächst, sich der im Abgeordnetenhaus von Genossen Wohl abgegebenen Erklärung voll anzuschließen; mit einigen besonders wichtigen Teilen werde er sich eingehender befassen.

Entgegen den Ausführungen des Landwirtsch. Ausschusses stellt Genosse Dr. Heller fest,

daß gegenüber der Rot der Arbeitslosen die Rot der Landwirtschaft weit zurücktritt.

Auch ist es nicht richtig, die gesamte Wirtschaftskrise ausschließlich auf die Landwirtschaftskrise zurückzuführen; Krisenursachen gibt es vielmehr eine ganze Reihe. Doch der Staat die Krise nicht beilegen, sondern nur lindern kann, darüber machen wir uns keine Illusionen. Luffsch hat die Sache so dargestellt, als ob an der ganzen Krise und an allen Uebeln dieser Welt überhaupt nur

„Die sozialen Lasten“

schuld wären. Die waren keine andern zur Zeit der Prosperität auch der Landwirtschaft und sie sind auch heute keine anderen als damals. Hinsichtlich der Einführung der Weizenpreise im Zeitpunkt der Einführung der Sozialversicherung hat Luffsch mit falschen Figuren operiert; das paßt vielleicht in eine Volksversammlung aber nicht hierher. Wenn Luffsch von dem Luxus in den Großstädten gesprochen hat, so hätte er wohl auch einiges über den Luxus derer sprechen sollen, die seinerzeit 3000 Kronen für den Zentner Hopfen erhalten haben! Was die Spekulationen mit eingeführtem Getreide betrifft, über die Luffsch sich beklagt, so müssen wir fragen, wer denn das Getreide einführt? Doch zum größten Teil die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Kooperativen (Zwischenrufe Stöhr.) Abschließend stellt Genosse Dr. Heller zur Luffschrede fest, daß die sozialen Lasten etwa 5 Prozent der gesamten Produktionskosten betragen, also für den Preis der Produkte keinesfalls bestimmend sind.

Es ist objektiv unrichtig, daß die sozialen Lasten schuld oder mit schuld sind an der heutigen Krise! Wir fordern im Gegenteil, daß die sozialen Pflichten des Staates gegenüber den Arbeitslosen voll erfüllt werden.

Wir stimmen den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten in der Richtung voll zu, daß es notwendig ist, den Arbeitslosen zunächst durch produktive Arbeitslosenfürsorge Arbeit zu schaffen und sie so wieder in den Produktionsprozess einzufügen. Wir stimmen allerdings diese Worte des Ministerpräsidenten mit jenen eines anderen prominenten Führers der tschechischen Agrarpartei, des Abgeordneten Stanek, überein, der sich mit aller Behemung gegen die Bauförderung ausgesprochen und in diesem Zusammenhang von „hinweggeworfenen Millionen“ sprach: Wir müssen ja gerade vom Standpunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und vom Standpunkt der Errichtung höchstens einwandfreier Wohnungen für die ärmere Bevölkerung das größte Gewicht auf eine ordentliche Bauförderung legen. Auf einen agrarischen Zwischenruf hin stellt Redner fest, daß die Mittel zur Bauförderung von der Landwirtschaft überhaupt nicht in Anspruch genommen wurden.

Das zweite wichtige Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die Anbittionen. Wir fordern, daß die bewilligten Kredite ebenfalls

verbraucht, beziehungsweise daß sie erhöht werden. Das selbe gilt von den Exportkrediten, die eine wichtige Hilfe für die Aufrechterhaltung unserer Industrie sind.

Weiters verweist Redner auf unsere Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit auf vierzig Wochenstunden und begründet ausführlich das Verlangen nach einem Betriebsstilllegungsgesetz, wobei er auf die Verlegung der Ruhepause verweist, die sich als ausgesprochene Heilverlegung herausgestellt hat. Wieder droht ein ähnliches Vergehen in einer großen Industrie Nordböhmens, und um dem zu begegnen, müssen wir verlangen, daß das Stilllegungsgesetz so rasch wie möglich beschlossen wird, um dieser Wiltür ein Ende zu machen.

Den Ausführungen der Regierungserklärung hinsichtlich der Stabilität der Währung stimmen wir vollständig zu.

Wir würden uns mit aller Entschiedenheit gegen Versuche wenden, durch eine Verschlechterung der Währung Vorteile zugunsten gewisser Bevölkerungskreise, zu denen in Deutschland z. B. neben der Großindustrie auch die Großlandwirtschaft gehört, die Arbeiter und die kleinen Sparcer zu treffen.

Allerdings hätte die Nationalbank besser getan, die Zinsföherhöhung erst im äußersten notwendigen Falle einzutreten zu lassen und die Zinsbeschränkung voranzuschreiten. Die Folgen der Zinsföherhöhung sind für die Bauförderung und für die Industrie trübs. Die Banken haben bei dieser Gelegenheit die Zinsspannung um ein weiteres halbes Prozent vergrößert und so ein Extrageschäft gemacht. Die ganze Wirtschaft der Banken fordert schon dringend einen Eingriff des Staates und darum verlangen wir ein Kontrollgesetz, um die Ausplünderung der Bevölkerung zugunsten nicht einmal mehr der Banken selbst, sondern zugunsten der Bankdirektoren aus der Welt zu schaffen. Genosse Dr. Heller plädiert dann

für den weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Genter System in Krisenzeiten nicht hinreicht, und verlangen eine allgemeine Sozialversicherung, zu der die Unternehmer mit heranzuziehen wären. Ein solches Gesetz könnte aber jetzt in der Krise nicht in Kraft treten. Infolgedessen verlangen wir ein Notgesetz, das die Ansprüche aller arbeitslosen Menschen auf eine gezielte Grundloge stellt und ihnen den Bezug der Arbeitslosenversicherung schon jetzt sichert. Nicht weniger notwendig ist die Unterstützung der Gewerkschaften, die zum Teil durch das Genter System an den Rand des Ruins gebracht wurden. Wenn es möglich war, Banken zu sanieren, dann muß es um so mehr möglich sein, daß der Staat die Gewerkschaften über Wasser hält. Die eine viel wichtigere soziale Funktion zu erfüllen haben!

Jeder spricht vom Sparen.

Herr Luffsch will dies bei den sozialen Lasten tun. Wir aber glauben, daß am Militärbudget noch weit größere Beträge zu ersparen wären. Der Militäretat hat relativ am meisten Sachausgaben. Die persönlichen Ausgaben erleiden in der Krise keinen Abbruch, wenn man nicht die Löhne und Gehälter abbaut, was bisher nicht geschah und hoffentlich zumindest bei den Mindergehältern auch nicht erfolgen wird. Dagegen richten sich die Sachausgaben nach den laufenden Marktpreisen. Das Sinken des Großhandelsindex um 17 bis 20 Prozent müßte sich also zum erheblichen Teil im Verteidigungsbudget

berium auswirken. Wir verlangen, daß dementsprechend das Militäretat gekürzt wird. Darüber hinaus wiederholen wir die Forderung nach Einführung der zwölf- oder vierzehnmönatigen Dienstzeit. Das angebliche Nichtvorhandensein der längerdienenden Unteroffiziere, das seit zehn Jahren die Kadrede des jeweiligen Verteidigungsministers bildet, kann heute nicht mehr gelten. In der Krise müßte es unannehmlich sein, die erforderliche Zahl von Väterdienenden zu erhalten.

Vollkommen vernünftig ist in der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten jedes Wort über die Finanzen der Gemeinden.

Es ist dies ein schwerer Mangel, denn die Gemeinden können unmöglich so weiter wirtschaften wie bisher. Zahlreiche Gemeinden wissen schon nicht mehr, woher sie die Gehälter nehmen sollen. Eine zweite Sache betrifft die Reform der öffentlichen Verwaltung und hier komme ich auf das Schlagwort vom Sparen zurück. Alles schreit: Sparen, sparen, sparen und redet von Luxus und allen möglichen Dingen. Niemand traut sich aber zu sagen, wo man anfangen soll, außer beim Militär. Man bezeichnet nämlich schon die Tatsache, daß die Menschen wie Menschen leben wollen und nicht mehr wie Tiere, wie vor dem Krieg, als „Luxus“.

So aber gepart werden könnte, das wäre die öffentliche Verwaltung!

Hier wäre für eine ordentliche Reorganisation Gelegenheit genug! So ist z. B. die böhmische Landesbehörde das Konstruktum einer Verwaltung, das schon direkt eine Behinderung der öffentlichen Verwaltung darstellt. Wir sehen hier aber noch keine Spur einer Remedur.

Redner weist nun ziffernmäßig an Hand der Außenhandelsstatistik nach, wie sehr uns die Krise bereits trifft, denn unsere Ein- und Ausfuhr ist in der letzten Zeit um rund ein Drittel, so noch mehr zurückgegangen. Und da stehen Probedaten auf wie Herr Luffsch und reden einer

„Drosselung der Einfuhr“

das Wort. Das ist kein Mittel, um die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Drosseln könnte man nur durch hohe Zölle oder durch das Bewilligungsverfahren. (Zu Luffsch, der Zwischenrufe macht): Das Beispiel Deutschlands, das mit seiner Hochschulzollpolitik heute an den Rand des Abgrundes gekommen ist, werden Sie uns doch nicht vorkühnen wollen? Es ist ein Widerspruch, in einem Atem für die Autarkie einzutreten und gleichzeitig für die vermehrte Ausfuhr unserer landwirtschaftlichen Produkte. Wer wird uns denn das abnehmen, wenn wir selbst uns abschließen? Sie, meine Herren, befinden sich da in schlechter Gesellschaft, denn es war Herr Schacht, der diese Politik in Harzburg propagierte, es sind die deutschen Halenkrenzer und die Deutschnationalen. Gegen eine solche Zollpolitik werden wir uns mit aller Entschiedenheit wehren!

Eines der wichtigsten Kapitel ist aber der Mieterschutz. Meiner Ansicht gehört eine tüchtige Portion — um mich parlamentarisch auszudrücken — „mangelnder Einsicht in die Dinge“ dazu, wenn man, wie Herr Stanek im Abgeordnetenhaus, unter den heutigen Verhältnissen von einer Befestigung der Wohnungsgesetze spricht. Glauben Sie mir, daß die Befestigung des Mieterschutzes im Interesse des Staates, oder gar „im Interesse der sozialen Gerechtigkeit gegenüber allen“ ist und daß man von „wecklos für die Bauförderung hinanzuworfener Millionen“ sprechen darf?

Von einem Abbau des Mieterschutzes jetzt zu sprechen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Mieter, die heute noch geschützt sind, es ist dies etwa die Hälfte aller Mietparteien, sind zum größten Teil doch die allerärmsten. Es kann keine Rede davon sein, daß der Mieterschutz für diese Personen und für diesen Teil der Bevölkerung aufgehoben wird. (Kreier: Wer vier oder fünf Stimmer

„Lezten Endes“, so meint der Außenminister, werden wir alle wieder zu der einzig möglichen Politik zurückkehren: zur internationalen weltorganisierten Zusammenarbeit und Solidarität, von der er glaubt, daß sie einzig und allein die Welt aus ihren drückenden Schwierigkeiten herausführen wird. Mit anderen Worten: vorläufig — und Herr Dr. Benes scheint in langen Zeiträumen zu denken — ist an überstaatliche wirtschaftliche Zusammenschlüsse nicht zu denken, obwohl er sie als das „alleinige und einzige“ Mittel, das aus der heutigen Krise herausführen könnte, anerkennt. Um die deutsch-österreichische Zollunion zu verhindern, dazu hat unsere Energie ausgereicht, was die neuen Formen einer Regeneration Mitteleuropas betrifft, so erfahren wir nur, daß nach ihnen gefragt wird, daß es nicht die alter überlebten sein dürfen und daß die heutige nationale und zwischenstaatliche Wirtschaftsorganisation nicht mehr genügt. Was nun also?

Man weiß, daß die Schwierigkeiten, zu neuen wirtschaftlichen Formen der Zusammenarbeit der Völker zu gelangen, nicht bloß an uns liegen und es ist klug gesprochen, wenn der Außenminister meint, es müßten alle Anschauungen beiseite gelassen werden, welche bemüht auf die Desorganisation hinarbeiten, weil sie sich irgendein Wunder von einem zerfallenen Europa erwarten, aber unlegbar ist, daß solche Anschauungen in einem Teile der tschechischen Öffentlichkeit noch immer gang und gäbe sind und daß von den anderen aus Mangel an Mut nur allzu oft ängstliche Rücksicht genommen wird. Bedachtnahme bei der Wahl der neuen Formen auf die Nachkriegsperiode mancher Volkskreise kann vielleicht geboten sein, aber dringender ist wohl die Bedachtnahme auf die herrschende Not und die Katastrophe, die eher früher als später auch die Tschechoslowakische Republik in den furchtbaren Abgrund hineinreißen kann. Herr Dr. Benes hat nach allen Seiten hin freundliche, versöhnliche, verbindliche Worte gesprochen; er hat Ungarn versichert, daß es unsere Pflicht ist, ihm bereitwillig die Hand zur Mitarbeit zu reichen, er hat das gute Verhältnis zu Oesterreich hervorgehoben, ebenso das zu Deutschland und noch mehr das zu Polen und er forderte alle Parteien im Lande zu loyaler und ehrlicher Zusammenarbeit auf, um den Kampf um das Gleichgewicht unseres Handels, unseres Finanzwesens, unseres Voranschlags erfolgreich führen zu können. Für alles übrige hat er nur die Formel übrig: abwarten und Tee trinken. Greifbares weiß er nicht in Vorschlag zu bringen, obwohl er alle Notwendigkeiten und Möglichkeiten kennt. Das ist wenig, das ist nichts. Herr Dr. Benes hat Zeit, zu warten, die Wirtschaft und die Massen der Arbeitslosen nicht. Wenn wir auch glauben, daß die Ursachen der Krise tiefer, das ist im kapitalistischen System selbst, liegen und daß ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der Nachfolgestaaten sie wahrhaftig nicht restlos beseitigen würde, eine Wüderung der Wirtschaftslage kann man ihm als Wirkung wohl zusprechen und darum muß gedrängt werden, das etwas zu beschauliche Tempo, das Dr. Benes einschlagen zu müssen glaubt, zu beschleunigen.

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

„Wissen Sie“, Peter lächelte traurig, „daß ich ein einziges Geschöpf kenne, das an einer Schnur hängt, die ich nicht verachten kann, weil sie aus reiner selbstloser Liebe ist? Mein kleiner Hund, Maul. Der kennt nur mich, der liebt nur mich. Bin ich nicht dabei, so kriecht er nicht. Er sitzt vor der Tür und wartet auf mich.“
„Nennen Sie Liebe von Ihrem kleinen Hund.“
Judiths Stimme zitterte leicht. Die einsam war dieser Mensch, wie verloren, er, der über andere Macht besaß.
Peter blickte auf die Uhr.
„Mein Gott, schon halb fünf. Ich muß gehen. Minken kommt um fünf.“
Judith lächelte. Wie seltsam war dieser Mensch, der an nichts glaubte und im Ringen um eine fremde Seele seine ganzen Kräfte opferte.
Als er gegangen war, stand sie lange vor dem Spiegel in ihrem Schlafzimmer. Die redbraunen Augen füllten sich langsam mit Tränen. „Wenn ich keinen Budek hatte“, flüsterte sie vor sich hin. „Mein Gott, wenn ich keinen Budek hätte.“

Die Fenster im Bureau standen offen. Die Frühlingsluft strömte in den dünen Raum. Die kleine blonde und die kleine brünette Stenotypistin erlogen ihr und blickten jede halbe Stunde einmal in den Spiegel, puderten sich die Wangen, fuhren mit dem Farbstift über die Lippen. Der blaue Himmel und die strahlende Sonne schoben sich zwischen die Feilen: „In Beantwortung Ihres w. Schreibens“ und „Ihre Bestellung mit...“
Sie sahen nicht mehr die schwarzen Schreib-

maschinen und das weiße Papier, sie sahen sich selbst im Frühling, in einem neuen Kleid, hübscher denn je, verführerisch, sie hörten gestülpte Liebesworte, der Duft des Frühlings und des Mädchens hüllte sie ein. Sie waren jung, waren sich ihrer Jugend bewußt. Was bedeutete der alte Tag an der Schreibmaschine? Gab es doch einen gebenedeiten Abend, da man jung und hübsch war.

Egger Herr Rupp war gut gelohnt. Er überlegte bei sich: was sind schon siebenunddreißig Jahre? Das beste Mannesalter. Ein erfahrener Mann gefüllt den Frauen. Besonders wenn er eine gesicherte Stellung hat. Die Frauen! Wie schön ist es, zwischen ihnen wählen zu können, blond, braun, auch die rothaarigen haben einen gewissen Reiz, ihre Haut ist so weich und weiß. Heute Abend, im Cafe.
Er lächelte auch dann noch, bewyngend, vielsagend, wie er heute abend im Cafe lächeln würde als er zu Friedrich Müller sagte:
„Die Chefs möchten Sie sprechen, Herr Müller.“ Und das Herr Müller klang so zärtlich, als sagte er: „Süßer Franz“.

Friedrich Müller fuhr auf. Soeben hatte er noch Gehehe erlassen, hatte einem ganzen Land den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt. Und jetzt die Chefs. Wer sind Chefs? Was sind Chefs? Menschen, die über einem stehen, die einem befehlen, wer aber kann ihm, Friedrich Müller, dem Diktator, befehlen?
Er erhob sich langsam, würdevoll. Die kleine blonde Stenotypistin lächelte ihm zu, als er an ihr vorüber kam. Das Lächeln galt nicht ihm, sondern dem Frühling, aber Herr Friedrich Müller wußte das nicht, er lächelte gnädig zurück.
Ins Privatbureau der Chefs war die Sonne noch nicht gedrungen. Es war düster und feierlich. Friedrich Müller, aus der Helle des anderen Raumes kommend, faßte die Augen zusammen, um besser zu sehen.

Der alte Herr Bessel sah an seinem Schreibtisch, eine erloschene Zigarre im Mund, an der er festhielt laute, wie immer, wenn er nervös war. Seine blauen Hände mit den vorspringenden violetten Adern fuhren unruhig über das grüne Lederskaf mit dem Schreibtisch.

Der junge Herr Kreuz stand mit dem Rücken gegen das Fenster. Man konnte in dieser Beleuchtung seine Züge nicht unterscheiden; er mutete wie eine etwas undeutlich gezeichnete, mit einer stumpfen Schwere geschnittene Silhouette an.

Friedrich Müller blieb in der Nähe der Tür stehen. Früher, Jahre hindurch, hatte er stets mit einer geheimen Angst im Herzen diesen Raum betreten. Die beiden Chefs waren ihm als höhere Wesen erschienen, waren das Schicksal gewesen, von dem sein Leben abhing. Er hatte immer schon in der halboffenen Tür seine Verbeugung gemacht, war dann mit kleinen Schritten eingetreten, sich unklar bewußt, daß große freie Behörden ihm nicht zulämen.

Heute jedoch nickte er nur leicht mit dem Kopf, stand dann brauspurig da, steckte sogar die eine Hand in die Hosentasche.

„Wir haben Sie rufen lassen, Herr Müller“, sagte der ältere Kompanion, „um in einer uns peinlichen Angelegenheit mit Ihnen zu sprechen.“ Er schwing rümpfte sich und blickte hilflos auf den jüngeren Kompanion.

Der trat nun in die Mitte des Zimmers und hauchte jetzt, da er in einem anderen Licht stand, mit einem Mal ein Gesicht. Ein hartes, überhebliches Gesicht.

„Wir müssen Ihnen leider mitteilen, Herr Müller“, sprach er, „daß sich Herr Rupp in der letzten Zeit häufig über Sie beklagen mußte. Sie kommen spät ins Bureau, Sie vernachlässigen Ihre Arbeit, Sie...“

Er stockte fast erschrocken, als er Friedrich Müllers lobendem Blick begegnete.
„Man wird eben älter, mein guter Müller“,

warf Herr Bessel begütigend ein. „Auch mir fällt es bisweilen schwer, mit dem Tempo unserer Tage Schritt zu halten.“

„Außerdem“, fuhr Herr Kreuz fort, „ist uns zu Ohren gekommen, daß Sie Versammlungen abhalten. Es wird in der ganzen Stadt über Sie gesprochen. Das paßt uns nicht, Herr Müller, unsere Firma...“

Friedrich Müller begann laut zu lachen. Das Lachen schüttelte ihn hin und her. Er leuchtete und rang nach Atem.

Die beiden Chefs starrten ihn verblüfft an, warfen dann einander besorgte Blicke zu: hatte der Mann den Verstand verloren?

„Aber, Herr Müller...“
„Aber, lieber Müller...“

Friedrich Müller atmete tief auf. Er schob die linke Hand in die Weste und stand kerkengerade da.

„Entschuldigen Sie, meine Herren, aber es war so komisch, Herrn Kreuz in diesem Ton von der Firma reden zu hören, von einer demachen belanglosen Sache. Und was die Klagen des Herrn Rupp anbelangt, so gebe ich gerne zu, daß sie berechtigt sind, ich habe eben an wichtigere Dinge zu denken, als an Trifftogen.“

Ihr Benehmen, Herr Müller...“ Herr Bessels Gesicht war dunkelrot geworden, seine alten Hände zitterten. „Ich verstehe Sie nicht...“

Herr Kreuz warf sich in einen Lehnstuhl, schlug ein Bein über das andere, legte in der Luft die Fingerippen gegeneinander und blühte Friedrich Müller scharf an.

„Ihr unglaubliches Benehmen, Herr Müller, erleichtert uns im hohen Maße eine unannehme Pflicht, die wir der Firma zuliebe erfüllen müssen. Wir haben mit Bedauern erkannt, daß Sie Ihrer Arbeit nicht mehr gewachsen sind und uns nichts anderes übrig bleibt, als Sie zu entlassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die französische über die deutsche Sozialdemokratie.

Eine Rede Grumbachs in Düsseldorf.

hat, der ist nicht der Kern!) Dr. Keller: Aber auch unter diesen gibt es viele Wimen u. dgl., die heute nur von dem Ertrag dieser Wohnung leben und durch die Aufhebung des Mieterschutzs genau so ins Unglück gestürzt würden wie die anderen. Hier muß sehr genau unterschieden werden.

Die Abicht der Hausbesitzer, in den alten Häusern die gleichen Mischungen einzubringen wie in den neuen, darf nicht bewilligt werden. Darum werden wir jedem Versuch, den Mieterschutz zu beseitigen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen!

Wir werden so wie bisher, solange es möglich und im Interesse der Arbeiterschaft gelegen ist, an der Regierung teilnehmen. Wenn es uns gelingt, auch weiterhin die Interessen der Arbeiter und der Arbeitslosen in dieser Regierung mit Erfolg zu wahren, werden wir in der Regierung bleiben. Wenn die Möglichkeit hierzu nicht besteht, werden wir die Möglichkeit suchen, die Regierung verlassen zu können. Ich wiederhole aus unserer Erklärung, wir wissen, daß hier Gegenforderungen in einer Regierungsmehrheit, in der die bürgerlichen Parteien überwiegen, nur in harten Ringen durchgesetzt werden können. Wir sind dazu entschlossen.

Wir werden die Regierungserklärung genehmigen, richten aber den dringenden Appell an die Regierung, unverszüglich alles zu tun, um auf alle mögliche Weise in diesem Staate der Not der Arbeitslosen und der Not der arbeitenden Menschen abzuhelfen! (Starker Beifall.)

Die Regierungserklärung vom Senat genehmigt.

Prag, 21. Oktober. Der Senat hat heute abends die Erklärung des Ministerpräsidenten mit den Stimmen der Koalition zur Kenntnis genommen, nachdem vorher noch ein Duzend Redner zu ihr Stellung genommen hatten.

Von deutschen Rednern erregte **Pieterek** (Christlichsozial) ungetrübte Beifall mit seiner Behauptung, daß im Gegensatz zu den heutigen Regierungsparteien seine Partei, solange sie in der Regierung war, nach Kräften Remedur geschaffen habe, und zwar auch in nationaler (1) Beziehung. Anspielungen von landwirtsch. Experten, ob die „Deutsche Presse“ nach der bekannten Bischofskonferenz überhaupt noch als „katholisch“ bezeichnet werden könne, will Redner abfolgt nicht berühren.

Zu stellenweise sehr stürmischen Protestand-gehrungen unserer und einiger tschechischer Genossen kommt es bei der darauffolgenden Rede des Herrn **Stöhr** (N. d. L.), als dieser von dem beabsichtigten und planmäßigen Zusammenrücken der Landwirtschaft durch die sozialistischen Parteien spricht und dann seinen Erwartungspunkt durch einen vehementen Angriff gegen die hohen sozialen Kosten und namentlich gegen die „Mittelwirtschaft“ in den Sozialversicherungsbeitragsleistungen abregt. Bei seiner Forderung nach Novellierung der Sozialversicherung verweist er sich zu der — bittend — allerdings sofort bestrittenen — Behauptung, daß von den Nationen der Krankenlosen **hundert Prozent Schwindler und Simulanten** und erst der Rest (1) wirkliche Kranke seien. Diese Provokation ruft einen Entrüstungssturm bei unseren Genossen hervor, so daß die weiteren Ausführungen des Redners fast unverständlich bleiben.

In dasselbe Horn bläst natürlich auch Herr **Tichy** (Gem. Part.). Auch er fordert Abbau der sozialen Lasten und eine Novellierung der Sozialversicherung und erklärt, daß die Versicherer immer größere Ansprüche stellen, und daß vielfach mit der Krankenversicherung Mißbrauch getrieben wird.

Tscherny (Rad. Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei, der großteils „allen Vätern des Staates Hilfe bringen“ und im vor sozialen Erschütterungen bewahren soll.

Von den tschechischen Rednern sei noch der **tschechische Genosse Haberman** hervorzuheben, der erklärte, seine Partei werde es nie zulassen, daß die gegenwärtige Krise dazu mißbraucht werde, die Lohn-, bzw. Gehälter der Arbeiter und der niedrigen Beamtenklasse herabzusetzen; sie protestiere im voraus gegen alle Versuche, die Krise zur Drohkölle der sozialen Ertragsminderungen auszunutzen.

Ein Sprecher der tschechischen Gewerkschaften legt sich für die weitere Kürzung des Budgets um mindestens eine Milliarde ein.

Letzter Redner war der tschechische Agrarier **Rozber**, der sich fast ausschließlich der Polmik gegen die Ausführungen der sozialistischen Redner widmete.

Nach der Annahme der Regierungserklärung wurde der Senat auf unbestimmte Zeit vertagt. Die nächste Sitzung ist für den 3. November in Aussicht genommen, falls in der Frage der Finanzförderung nicht noch eine Wendung erfolgen sollte.

Der verfassungsrechtliche Ausschuss des Senates genehmigte die Änderungen, die am Dienstag eine gemeinsame Kommission des Verfassungs- und Wehrsausschusses an der Vorlage über die Befreiung der Militärs in den Ruhestand vorgenommen hat. Auch der Wehrsausschuss genehmigte diese Fassung, so daß die Vorlage nunmehr zur Behandlung im Plenum fertiggestellt ist.

Das österreichische Budget.

Wien, 21. Oktober. (AP.) Die Regierung legte heute das Budget für 1932 dem Nationalrat vor. Das Budget schließt in der laufenden Bedienung einschließlic der Annullationen mit einem Ausgabenüberschuss von 1.999 Millionen Schilling ab, während die Einnahmen mit 2.002.06 Millionen präsumiert sind, so daß sich ein Ueberschuß von 2.35 Millionen ergibt.

Düsseldorf, 19. Oktober. (Eig. Draht.) Der französische Abgeordnete **Grumbach** sprach heute in einer gewaltigen Rundgebung der Sozialdemokratie über die deutsch-französische Verständigung. Grumbach führte u. a. aus:

„In dieser härtesten aller Zeiten ist die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs von lebenswichtiger Bedeutung nicht nur für unsere beiden Völker, sondern auch für ganz Europa. Und gerade im Rahmen dieser so unerlässlichen Zusammenarbeit möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um ihnen zu sagen, wie wir französische Sozialisten, die wir bei uns seit Jahren den Kampf führen zugunsten der Verständigung unserer Länder, die gegenwärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie beurteilen. Wie hoch wir jene ständige Selbstaufopferung einzuschätzen wissen, zu der sich die große deutsche Sozialdemokratie seit Jahr und Tag gezwungen sieht, den kommunistischen Dolch im Rücken, die völkische Forderung auf allen Begrenzungen, stellt sie den Hauptpfeiler dar, der das unter wirtschaftlichen Eindeutungen und der daraus sich ergebenden seelischen und materiellen Forderungen wankende Gebäude der deutschen Republik vor dem Zusammenbruch in ein bolschewistisches oder völkisch-nationalistisches Chaos schützt. Wir wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ganz klar darüber ist, in welche Gefahren sie sich durch ihre Politik der Tolerierung begibt, wie sehr sie die kommunistische und hitlerianische Demagogie dadurch erleichtert und doch darf sie überzeugt davon sein, daß die ge-

samte Internationale, daß alle Arbeiter der Welt, die sozialistisch denken und fühlen, daß vor allem Frankreichs Arbeiterschaft, Frankreichs Sozialisten, Frankreichs demokratische Republikaner, d. h. gerade diejenigen Schichten unserer Bevölkerung, die am ehrlichsten und offener auf die deutsch-französische Verständigung hinarbeiten, der deutschen Sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind, daß sie auch in den letzten Tagen wieder das Gelingen der für den Frieden Europas und für die Wiedergesundung Deutschlands so gefährlichen Sarzburger Pläne dadurch verhinderte, indem sie der gegenwärtigen Regierung ihre Existenzmöglichkeit sicherte, ungeachtet allen kommunistischen und völkischen Geschreis. Stünde die sozialistische Partei Frankreichs heute hinter mir auf dieser Tribüne, wären die 110 sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer hier zugegen, sie alle würden ihnen zustimmen: In dieser Hinsicht zur Rettung des ganzen Körpers, zum Schutze der deutschen Republik, zum Schutze des Friedens, d. h. zur Aufrechterhaltung der Grundbedingung für die systematische Weiterverfolgung des begonnenen französisch-deutschen Ausöhnungswerkes, werden die Ereignisse auch eines Tages besinnen. Für uns in Frankreich bedeutet einer schwerer Kampf, bedeuten die Opfer, die ihr tagtäglich bringen muß, einen Grund mehr, um unsere eigenen Bemühungen für die Durchführung praktischer Hilfsmaßnahmen zugunsten des leidenden deutschen Volkes unermüdet fortzusetzen, bis das Ziel erreicht sein wird.“

Kugenddebatte abgegeschlossen.

Kramars Haß gegen Rußland.

Prag, 21. Oktober. Im Kugenaussschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute in ganztägiger Sitzung die Debatte über das gestrige **Semsk-Exposé** abgefaßt und am Abend mit einem **Schlufwort des Außenministers** beendet.

Semsk (sch. Merk.) hebt in der Debatte die starke Betonung des persönlichen wie gesamtstaatlichen Selbstbewußtseins über die in dreizehn Jahren geleistete Arbeit hervor und vermißt kontroverse Angaben darüber, ob über das mittelwertschöpfende Problem, wie es Semsk gestern vortrug, bereits in der letzten Verhandlung im Jahre 1929.

Dr. **Kramar** hält das Exposé in seinem wirtschaftlichen Teil für ziemlich richtig, sehr gefällig sei aber, was der Minister über die Kreditdeflation gesprochen habe. Man müsse sich hüten, hier das Vertrauen in Gefahr zu bringen. Wegen die Erhöhung der Verantwortung der führenden Faktoren in den Banken und Industriebetrieben habe er nichts einzuwenden, es sei aber nicht möglich, in der staatlichen Reglementierung des privaten Schaffens weiter zu gehen. In Sachen der Kartelle werde man prophylaktisch vorgehen müssen, aber vorsichtig. Für eine engere Zusammenarbeit in Mitteleuropa hält Kramar nur die Form von Präferenzverträgen, nicht aber eine Zollgemeinschaft für richtig.

Er stellt sich gegen jeden Handelsvertrag mit Rußland und verweist sich sogar zu der Behauptung, daß die Abklärung das größte Verbrechen an unserer Zukunft wäre, solange die Sowjets existieren.

Abklärung wäre für Europa Selbstmord, solange nicht die Sicherheit bestünde, daß sich alle europäischen Staaten gegen die Sowjets in eine Front stellen, wenn letztere ihre Absicht durchzuführen wollten, die bourgeoise Wirtschaft zu kürzen.

Am Nachmittag sprach nach dem tschechischen Genossen **Dr. Marek** und dem Nationalsozialisten **Dr. Straniky** auch **Genosse Pohl**, dessen Ausführungen wir morgen ausführlicher wiedergeben werden. Vor dem Schlufwort replizierte **Dr. Kramar** noch auf die Rede **Semsk**s, der ihm Unvollständigkeit vorgeworfen hatte: Die Koalition besäße nicht darin, daß jeder idiosynkratisch und nur dem zugewandt habe, was der Herr Minister sagt.

Budgetberatungen eröffnet.

Prag, 21. Oktober. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag im Beisein des Finanzministers eröffnet. Das einleitende Referat erstattete an Stelle **Dr. Hudek**s, der erkrankt ist, der Agrarier **Teplanský**.

Die Debatte eröffnete der tschechische Genosse **Kemck**, der erklärte, es dürfe kein Geld überflüssig ausgegeben werden, nur weil dies gerade im Budget drinnen stehe; er hält weitere Budgetrestriktionen im Laufe des Jahres für wahrscheinlich. Daß unsere Steuern zu 71.43 Prozent auf indirekten und nur zu 28.57 Prozent auf direkten Steuern aufgebaut seien, sei eine schreckliche Anklage. Weiters sprachen **Vatěšl**, **Jung**, **Slavicek**, **Dr. Reibl**, **Bergmann**. Die Generaldebatte geht morgen weiter.

Aus der Freidenkerbewegung.

Am 17. Oktober sagte in Brünn eine Konferenz der Vertreter des Bundes profet. Freidenker, **Ely Bodenbach**, der Feuerbestattungsausschuß profet. Freidenker, **Dr. Auffig**, des **Sdruskni proletarisch bezweck**, **Ely Brünn**, und des **Sdruskni soc. dem. bezweck**, **Ely M. Ostrava**, welche nach einem Bericht des Generalsekretärs und nach eingehender Debatte sich dahin einigten, der in in Berlin im September dieses Jahres gegründeten Internationalen

Freidenker-Union“ nicht beizutreten, so lange nicht sämtliche ihr angehörenden Verbände das Bekenntnis zum Klassenkampf abgegeben haben.

Um den Kampf gegen das gerade jetzt stärkere denn je in die Erscheinung tretende Nachstreben der Kirche mit der notwendigen Kraft führen zu können, beschloß die Konferenz, alle Schritte zu unternehmen, die die Verschmelzung der genannten Verbände zu einer einheitlichen mächtigen proletarischen Freidenkerorganisation zu beschleunigen geeignet sind.

Budget-Debatte

in der mährisch-schlesischen Landesvertretung.

Brünn, 21. Oktober. In der Vormittag fortgesetzten Generaldebatte über den Landesvoranschlag für 1932 kamen noch drei weitere Redner zu Worte. **Bemerkenstwert** waren nur die Ausführungen des deutschen Christlichsozialen, **Dr. Bayer**, der als Mitglied der schlesischen Kommission scharfe oppositionelle Töne anschlug und sich gegen den Voranschlag aussprach, gegen den er auch stimmen wolle, während seine Klubkollegen weiter der Mehrheit treue Gefolgschaft leisten würden. **Rachmittag** wurde die Spezialdebatte über die Kapitel Landwirtschaft, Gewerbe und Handel und öffentliche Bauten und Verkehrswesen begonnen. **Welcher** Beringschätzung sich die Beratungen der Landesvertretung bei einigen Mitgliedern des Landesaussschusses erfreuten und welcher Wert den Ausführungen der Debatteredner beigelegt wird, stellten heute die Landesaussschußmitglieder **Drobný** und **Stoupal** (Finanzreferent und Referent für landwirtschaftliche Angelegenheiten) am besten unter Beweis, indem sie den Beratungen ganz einfach fernblieben und die Debatteredner in alle Winde sprechen ließen, ohne bei Ankenntnis der vorgebrachten Wünsche und Beschwerden die Möglichkeit zu haben, bei der Zusammenstellung des nächstjährigen Voranschlags oder beim Schlufwort des Referenten auf diese genau einzugehen oder sie zu berücksichtigen. Vielleicht fehlt diesen beiden Herren auch der gute Wille, auf Grund der Anregungen der Landesvertreter etwas besser zu machen, so daß diese neuerliche Sabotage der Landesvertretung durch die Herren **Stoupal** und **Drobný** von Seiten der Vertreter unserer Partei einer berechtigten Kritik unterzogen wurde. In der Debatte sprachen ferner: **Reinisch** (Deutschnationaler) und **Rudolich** (tschechische Volkspartei), der das von den Agrariern im Interesse ihrer Parteiengänger bis auf die Spitze getriebene Subventionierungswesen unter die Lupe nahm und ihnen nicht sehr angenehme Enthüllungen über die Art, in welcher Subventionierungen erteilt werden, machte.

Für unsere Partei ergriff hierauf **Genosse Dr. Morgenstern** das Wort, der in einer längeren Rede zu dem Budgetkapitel: Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie, öffentliche Bauten und Verkehrswesen, eingehend Stellung nahm. **Eingangs** seiner Rede wies er darauf hin, daß durch die Verwaltungsreform der Landesvertretungen zu Körperschaften herabgedrückt wurden, die mit Demokratie und Selbstverwaltung nichts mehr zu tun haben. „**Dem wir noch**“, führte **Genosse Morgenstern** aus, „unter dem heutigen Machtverhältnisse in dieser Körperschaft zu den einzelnen Budgetposten Stellung nehmen, dann aus dem einfachen Grunde, um die Wünsche und Forderungen der breiten Massen des arbeitenden Volkes zum Ausdruck zu bringen. Auch dieser Voranschlag enthält viele Hunderte von Posten, denen verschiedenartige Bedeutung zukommt. Die Vielseitigkeit bringt es mit sich, — und das ist ein Bild dieses Voranschlags — daß viele Mittel verzerret werden und dadurch leider dann für wichtige Ausgaben diese Mittel fehlen. Gerade in dieser Krisenzeit

Matuschka doch der Terrorist!

Budapest, 21. Oktober. (Eigendracht.) Die Budapester Polizei verbreitete durch das ungarische Korrespondenzbüro die Nachricht, daß **Matuschka**, der Attentäter von Jüterbog und Biatodagh nicht mit jenem **Matuschka** identisch sei, der in dem berichtigten Detachement Heijas tätig war. Demgegenüber ist festzustellen, daß **Matuschka** auf Grund von Photographien einwandfrei erkannt wurde. Es handelt sich also bei dem polizeilichen Abfertigungsbesuch um eine bewußte Irreführung.

darf es nicht heißen, „wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen“, sondern „Konzentriertheit der beschränkten Mittel auf Ausgaben von übertragender Bedeutung.“ Es ist augenfällig, daß gerade diese Ziele durch den Voranschlag nicht erreicht werden können, wenn wir die lächerlich geringen Beträge betrachten, welche für wichtige soziale Zwecke eingesetzt sind. Die Posten für Familienschulen, für Beibringsheimen und Stipendien, für Halbweiser und Jugend, sind so minimal, daß man wirklich daran zweifeln muß, daß sie den Zwecken entsprechen können. Leider ist auch in diesem Voranschlag über die wirkliche Verwaltung dieser Summen nichts zu erfahren. Nicht anders verhält es sich bei der Landesdotations für Fach- und Fortbildungsschulen, Bau von Fortbildungsschulen und Schüler-Unterstützungen, die alle mit lächerlich geringen Beträgen eingestuft sind. Ja man hat sogar den persönlichen Aufwand einer Landesanstalt für Frauengewerbe in Troppan um fast 100 Prozent, und zwar von 214.000 auf 124.000 Kronen herabgesetzt. In einer Zeit, in der ein großer Teil der arbeitenden Menschen umlernen muß, um seinen Lebensunterhalt sicherzustellen, darf man wohl annehmen, daß auch die Landesvertretung dieser Frage mehr Verständnis entgegenbringt.

Es kam hierauf **Genosse Schuster** zu Worte, der die zur Verhandlung stehenden Kapitel einer eingehenden Kritik unterzog, wobei er sich besonders mit den budgetären Ziffern im Kapitel Landwirtschaft beschäftigte.

Wir sind überzeugt, daß die Ausführungen der Debatteredner zum großen Teil ohne Erfolg sind, da wie dies so aus dem Exposé des Herrn Finanzreferenten ersichtlich war und wie es auch das herrschende System bedingt, am Budget so wie so nichts geändert werden darf. Die Interesslosigkeit der am Budget am meisten interessierten sein sollenden Herren **Drobný** und **Stoupal** ist heute durch ihre Abwesenheit auf die Spitze getrieben worden.“

Genosse Schuster wies in seiner rein sachlichen und ziffernmäßigen Kritik nach, daß der größere Teil der Mehraufwendungen im Budget beim Kapitel Landwirtschaft in Erscheinung tritt, während der Mehraufwand über das Kapitel Soziale Fürsorge gegenüber dem Vorjahr zu diesen Beträgen im krassen Mißverhältnis steht. Wir sind aber nicht überzeugt davon, daß dieser Mehraufwand tatsächlich der Landwirtschaft zugutekommt. Ein Plus in der Höhe von vier Millionen weisen auch die Meliorationen auf, doch glauben wir nicht alles, was im Budget steht, da unsere Zweifel aus den Vorjahren nur zu sehr gerechtfertigt waren. Ein besonderes geheimnisvolles Kapitel bildet der Landes-kulturrat, bei dem der persönliche Aufwand um fast ein volles Drittel erhöht wurde. Man wird zwar darüber belehrt, daß auch die Reformierung zu der Erhöhung beigetragen hat, doch zeigen die Posten außerordentliche Auslagen bei Delegationen per 15.000 Kronen. Man sieht also, daß hier manches vorgeht, was einer gründlichen Durchleuchtung bedarf. Unsere Forderung wäre nicht gegen dieses Kapitel, aber wir bezweifeln mit Recht, ob diese Methoden die richtigen sind, um der Landwirtschaft zu helfen.

Nach der Rede des **Genossen Schuster** wurde die heutige Sitzung der Landesvertretung geschlossen und auf morgen zehn Uhr vormittags vertagt.

Späte Erkenntnis.

Am Dienstag hielt der dem Bunde der Landwirte angehörende Landesaussschußmitglied **Kaiser** in der Generaldebatte zum Landesbudget in der böhmischen Landesvertretung eine Rede, in welcher er einen Antrag auf Sanierung der Landesfinanzen und eine Entschuldungsaktion der wirtschaftlich- und finanziell schwachen Bezirke und Gemeinden stellte. In der Begründung dieses Antrages heißt es unter anderem:

Durch das Gemeindefinanzgesetz vom Jahre 1927, Nr. 77 Sg. b. G. u. Z., sind viele Bezirke und Gemeinden in eine verhängnisvolle Verschuldung geraten, daß dieselben vor dem Zusammenbruch stehen und den primitivsten Anforderungen nicht mehr nachkommen können.

Schade, daß die Landbändler erst jetzt darauf kommen, welche schlechte Gesetz das Gemeindefinanzgesetz von 1927 ist.

Hlinkas politisches Ende? Wie bekannt, ist **Hlinka** in dem Streit zwischen dem Erzbischof **Kordas** und dem päpstlichen Nuntius an die Seite des Erzbischofs getreten. Er soll nun vom Nuntius aufgefordert worden sein, seinen Standpunkt zu den Ereignissen in der letzten Zeit klarzulegen. **Hlinka** soll zwar versprochen haben, der Kirche und dem Vertreter des Papstes unbedingten Gehorsam zu leisten, trotzdem wurde eine eigene Kommission der **Omüper** Bischofskonferenz eingesetzt, die **Hlinka** nun zu richten haben wird. Insbesondere die tschechischen Klerikale sind daran interessiert, daß **Hlinka** abtritt.

Hakenkreuz und Großkapital.

Von einem Teilnehmer der Harzburger Tagung erfährt die Presse, daß in Harzburg nicht nur Schacht und Seckt und eine Reihe deutscher kapitalistischer Wirtschaftsführer anwesend waren, sondern daß auch das jüdische Großkapital seine Vertreter zu dieser Tagung entsandt hatte und daß diese natürlich nicht ungeladen erschienen waren. Anwesend waren vor allem Vertrauenspersonen Jakob Goldschmidt, des früheren Präsidenten der Danabank, der zu Eugen-Berg die allerbesten Beziehungen unterhält, aber nicht nur Goldschmidt — auch das Haut-Raischlid war in Harzburg vertreten und zwar durch Funktionäre der verkrachten Amstelbank. Außerdem soll auch ein Vertrauensmann der englischen Shell-Petroleum-Kompagnie in Harzburg geweselt haben. An der Gründung des Dritten Reiches ist also aufscheindend auch bereits das internationale Bankkapital in nicht geringem Maße interessiert. — Mit Recht; geht es doch gegen die Arbeiterklasse, Lohnabbau, Aufhebung der Sozialfürsorge, Beseitigung des Koalitionsrechtes und der Demokratie sowie die Verlängerung der Arbeitszeit sind die Mittel zur Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft.

Das jüdische Kapital hat absolut keine Angst, wenn die S. A.-Leute der Hakenkreuzler singen: Wenn der Sturmwind zu Felde zieht, dann hat er frohen Mut!

Und wenn das Judentum vom Messer priht, dann geht's nochmal so gut!

Das christliche und jüdische Kapital weiß genau, daß die Scharen Hilters, indem sie den Marxismus totschlagen wollen, nur die Interessen der Ausbeuter wahren. Uebrigens ist die Hakenkreuzpartei, die in Deutschland rechts steht, niemals sozialistisch gewesen. In dem „Staats- und Wirtschaftsprogramm“ der reichsdeutschen Nationalsozialisten (Verfasser Gottfried Feder) steht:

„8. Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.“

9. Das Wohl des Volkes zieht aber der maßlose Reichtumsanhäufung in den Händen einzelner eine Grenze.“

Bei der Prägung des ersten (für die Kapitalisten bestimmten) Tages und bei der Beschwörung des zweiten (für die Arbeiter berechneten) Tages steht außer Zweifel, daß der Hakenkreuzsozialismus gar nicht daran denkt, das Ausbeuterprivileg der Unternehmer und Großaktionäre anzurühren. Der hakenkreuzistische Haupttheoretiker Gottfried Feder beweihräuchert in seiner Programmschrift (Seite 16) ebenfalls den „wahren Unternehmer... der sich seiner hohen Aufgabe als Wirtschaftsführer bewußt ist...“ Das hervorragendste und weitbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer ist (nach Feder) Henry Ford. Nicht minder hoch steht in dieser Hinsicht die Schöpfer unserer deutschen Schwerindustrie einzuschätzen, die Krupp, Kirdorff, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens, um nur einige wahllos zu nennen.“

Soweit der nationalsozialistische „Theoretiker“ Gottfried Feder. Begreiflich, daß diese Spottgeburt von einem Sozialismus den Unternehmern gefällt! Und den jüdischen Kapitalisten erst recht!

Das „Freiheit.“

Verbot des Braunschweiger sozialdemokratischen Organs.

Berlin, 21. Oktober. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische „Volkstfreund“ in Braunschweig wurde heute vom nationalsozialistischen Innenminister auf die Dauer von acht Wochen auf Grund der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausdrucksformen verboten. Das aufreizende Verbot wird damit begründet, daß der „Volkstfreund“ über den Hitleraufmarsch in Braunschweig eine Reihe von Artikeln „aufhegnerischen und aufrührerischen Charakters“ gebracht habe, die die öffentliche Sicherheit in erheblichem Maße gefährden.

Bedeutend ist weiters, daß zwei Arbeiterphotographen, die für die sozialdemokratische Presse eine Reihe von Aufnahmen des Hitleraufmarsches gemacht hatten, das gesamte Aufnahmematerial von der Kriminalpolizei beschlagnahmt wurde.

Eine schwere Gefahr für unseren Kohlenbergbau.

Wien, 21. Oktober. Durch die Ernennung des bisherigen Präsidenten der Ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft Dr. Franz Schönlank zum Präsidenten der Verwaltungskommission der österreichischen Bundesbahnen ist der Plan einer Fusion oder überhaupt einer Kooperation der Ersten Donaudampfschiffahrtsgesellschaft mit den Bundesbahnen, welche auf die Wiedernahme der Kohlengrube in Kainfirchen, die Eigentum der 1. Donaudampfschiffahrtsgesellschaft ist, durch die österreichische Bundesbahnen abgelehnt, in den Vordergrund getreten. Die österreichischen Bundesbahnen, welche auf diesem Wege eine eigene Kohlenbasis erlangen würden, wären künftig nicht mehr auf die Einfuhr ausländischer, vor allem jugoslawischer Kohle angewiesen. Die ungarische Regierung setzt dem Projekte keine Hindernisse entgegen und hat sich sogar bereit erklärt, für eine Zeit von 50 Jahren die Kohle von Kohle aus Kainfirchen für die Zwecke der österreichischen Bundesbahnen sicherzustellen.

Tagesneuigkeiten

Arthur Schnitzler gestorben.

Wien, 21. Oktober. Arthur Schnitzler ist heute um vier Uhr einem Schlaganfall erlegen.

Arthur Schnitzler wurde am 15. Mai 1862 als Sohn des Wiener Zahnarztes Dr. Johann Schnitzler geboren. Arthur Schnitzler studierte gleichfalls Medizin, promovierte 1886 und war dann mehrere Jahre Assistent seines Vaters. Schnitzler wandte sich darauf dem literarischen Beruf zu, wählte ihn aber nach der Publikation seiner Novelle „Leutnant Gustl“ im Jahre 1900 aufzugeben und widmete sich von da an ausschließlich der Literatur.

Von Schnitzlers Bühnenstücken sind die bekanntesten: „Anatol“, eine Reihe von dramatischen Dialogen, „Das Märchen“, „Liebele“, „Freiwild“, „Der Reigen“, der 1896 entstand, aber erst 1900 aufgeführt wurde, wobei es vielfach zu Demonstrationen rechtsstehender Kreise kam (darunter auch in Leipzig), „Der grüne Kalash“, „Der Schleier der Beatrice“, „Der einsame Weg“, „Der junge Medardus“, „Das weiße Band“ und „Professor Bernhardt“, das im ärztlichen Milieu spielt und bei der Aufführung gleichfalls umstritten wurde. Nach dem Kriege erschienen u. a. „Die Schwestern oder Casanova in Spa“ und die „Komödie der Verführung“. Viele dieser Theaterstücke erfreuen sich auch heute noch auf den Bühnen großer Beliebtheit.

Schnitzler schrieb auch eine große Zahl von Novellen sowie einige Romane. Sein erster Romanband „Sierben“ schildert die letzten Tage eines Schwindsüchtigen. Weitere erzählende Werke Schnitzlers sind „Die Frau des Weisen“, „Frau Berio Sarlan“, „Die griechische Tänzerin“, „Frau Beathe und ihr Sohn“, „Casanovas Heimfahrt“, „Häuslein Ester“, in welcher Novelle Schnitzler eine ganz neue Erzählungsform schuf, „Die Frau des Richters“, „Die Transmanovelle“ und die zwei großen Romane „Der Weg ins Freie“ und der Gouvernanten-Roman „Therese“.

Alkoholkapital und Presse.

In einer Zeit, da infolge der Arbeitslosigkeit über Millionen Deutsche schweres Elend hereinbrechen ist, da dem deutschen Volke der schmerzliche Winter seit dem Kriegsende bevorsteht, besteht die große Gefahr, daß tausende und aber tausende Volksangehörigen dem Elendsalkoholismus verfallen und ihre letzten Kräfte für Schnaps ausgeben, um für Augenblicke ihr Elend zu vergessen. In dieser Zeit der Not wird das führende Blatt der deutschen Intelligenz, das „Berliner Tageblatt“ nichts Besseres, als eine Sondernummer seiner humoristischen Beilage „M!“ herauszugeben, welche von der ersten bis zur letzten Zeile Propaganda für den Saff macht. Diesem wird nicht, wie in den bezahlten ganzseitigen Inseraten, Propaganda für das „Stüssige Brot“ gemacht, eine Propaganda, welche führende deutsche Kreise wie Adersbalden, Abel, Aschaffenburg, Großhain, Kuhn, Reichel, Rubin und andere in einer Erklärung gebrandmarkt haben. Sie erklärten: „Die Behauptungen des Brauereiwesens stehen im Gegensatz zur wissenschaftlichen Erkenntnis und sind geeignet, durch die Begünstigung der heute noch herrschenden Trinkschamounen und Trinksitten dem Volkswohl schweren Schaden zu stiften.“ Diesmal gibt im „Berliner Tageblatt“ die Propaganda dem Schnaps, Siffer, Champagner. Nebenbei wird die mustergetragene, aufspielende Teintbehandlung in den Trinkerheilstätten verulkt und lächerlich gemacht. Für Gentell, Jeltz, Dageff, Schloß Bauz wird Reklame gemacht. Die „M!“-Redaktion trägt, wie es zum Schluß heißt, „in die Tiefe“, ergriff die „Flucht in eine bessere Welt“.

Für die Redaktion dieser Sondernummer des „M!“ zeichnet verantwortlich Hans Flemming; in welchem Verhältnis steht zu dieser Nummer der Verlag Rudolf Mosse? Das einwandfrei aufzuklären, ist nicht einfach.

Der bekannte Nationalökonom Staatssekretär a. D. Prof. Julius Hirsch hat die Reklamaufwendungen der Brauereien auf schätzungsweise 2 bis 3 Prozent ihres Umsatzes berechnet. Das deutsche Volk hat im letzten Jahre annähernd 4 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben. Die Reklamaufwendungen werden also auf 80 bis 200 Millionen Mark oder 64 bis 1600 Millionen Kö geschätzt. Das ist eine ungeheure Summe, von der ein großer Teil seinen Weg in die deutsche Presse findet. Welche Verwendung dieses Geld findet, zeigt an einem kleinen Beispiel der „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 11 vom 8. Februar 1929. Er schreibt:

Der Korrespondent „Volkstfreund“ hatte in seiner Jugendbeilage einen Aufsatz über die Schädlichkeit des Alkohols für die Jugend veröffentlicht. Der Verlag erhielt daraufhin von der dortigen Brauerei Hells folgenden Brief:

„Ihr Artikel „Jugend und Alkohol“ in der Jugendbeilage Ihres Blattes hat uns mit Verwunderung erfüllt. Die Einstellung, welche Sie bekunden, ist unüberbrückbar feindlich gegenüber unserem Gewerbe und erreicht die Grenze dessen, was an Abstinenznationalismus überhaupt möglich ist. Sie werden sich selbst der Erkenntnis nicht verschließen können, daß Brauereireklame in Ihrem Blatte unter den vorliegenden Umständen nicht am Platze sind. Wir haben Anweisung gegeben, daß der „Volkstfreund“ zur Reklame für unser Gewerbe nicht mehr herangezogen wird.“

Woher dem Blatte, das es mag, vom Reigen des Alkohols eine andere Meinung zu haben, als es den Profitinteressen des Alkoholkapitals genehm ist! Mag der Alkoholismus sich ausbreiten,

mag über zahllose Familien Krankheit und Siedtum, wirtschaftliches und sittliches Elend gebracht werden, tut nichts, das geheiligte Profitinteresse des Alkoholkapitals darf nicht geschädigt werden. E. L.

Neue Attentäter

oder Ratuschka-Psychose?

Bukarest, 21. Oktober. Die Grenzpolizei verhaftete unter von Bishau bei Marmaros-Geiget drei junge Leute aus der Tschscholowasche, u. zw. Richard Weiser, Mitrofan Karl Bohrnstift und Franz Pajal. Die Polizei stellte fest, daß Weiser eine Menge von Ekstrofit bei sich trug. Alle drei Verhafteten besaßen Landkarten, auf denen Eisenbahnstationen und Brücken im Marmaroser Gebiete eingezeichnet waren. Die jungen Leute besaßen auch Legitimationen der kommunistischen Partei.

Weitere Opfer des Unglücks auf „Mont Genis“

Bochum, 21. Oktober. In der vergangenen Nacht sind von den hier im Krankenhaus liegenden schwer verletzten Opfern der Grubenexplosion auf „Mont Genis“ zwei weitere Knappen ihren schweren Brandwunden erlegen, wodurch sich die Zahl der Todesopfer auf 17 erhöht. Bei dem einzigen noch in Bochum befindlichen Schwerverletzten besteht die Hoffnung, ihn am Leben erhalten zu können, während sich die im Krankenhaus Boernig untergebrachten Verletzten außer Lebensgefahr befinden.

Ziehung der Klassenlotterie

50.000 K:	93.651.
20.000 K:	20.660, 51.855, 76.066.
10.000 K:	445, 11.392, 21.575, 22.736, 63.766, 76.173, 88.108, 99.806.
5000 K:	8645, 14.665, 17.296, 47.516, 19.571, 21.935, 23.184, 30.345, 38.444, 51.362, 62.559, 64.178, 83.767, 84.270.
2000 K:	2616, 6300, 10.373, 11.338, 12.736, 14.769, 19.794, 20.301, 20.661, 23.331, 25.814, 26.025, 27.836, 27.923, 29.864, 31.195, 32.769, 32.782, 33.552, 34.751, 36.216, 37.207, 37.509, 38.554, 39.182, 41.379, 42.606, 43.053, 43.242, 44.142, 46.067, 49.887, 53.073, 54.262, 55.257, 55.462, 57.826, 58.671, 59.999, 60.982, 61.401, 61.906, 63.444, 64.774, 67.076, 67.121, 71.117, 72.967, 74.199, 74.308, 74.702, 75.428, 76.447, 76.849, 80.518, 82.692, 82.842, 83.300, 83.542, 83.551, 86.486, 88.171, 89.847, 94.782, 98.653.
1200 K:	608, 1752, 1768, 4055, 4897, 5765, 6589, 7860, 10.743, 12.084, 13.059, 13.804, 14.718, 15.064, 17.325, 18.210, 19.092, 19.517, 21.483, 22.697, 24.609, 25.367, 25.218, 26.233, 26.270, 26.822, 28.121, 29.528, 29.371, 30.753, 31.590, 32.128, 32.771, 33.768, 34.194, 36.588, 40.708, 41.401, 41.440, 43.233, 43.576, 44.374, 44.481, 44.678, 44.920, 45.408, 45.685, 45.763, 47.027, 49.000, 49.065, 52.062, 53.432, 53.622, 54.102, 55.212, 55.295, 59.280, 61.262, 61.793, 65.172, 65.549, 66.596, 66.529, 67.875, 68.212, 68.976, 70.243, 71.093, 71.451, 72.190, 74.425, 74.673, 75.011, 76.017, 76.496, 76.709, 77.033, 77.233, 77.648, 77.705, 78.630, 79.936, 81.303, 81.675, 81.823, 83.150, 84.320, 84.355, 85.146, 85.834, 85.854, 86.535, 88.551, 90.650, 91.673, 91.709, 91.863, 92.547, 93.300, 94.952, 95.241, 95.444, 95.705, 96.142, 96.638, 96.836, 99.081, 99.202, 99.559, 99.769, 99.964.

Sturmschäden in der Nordsee.

Hamburg, 21. Oktober. Der orkanartige Sturm, der gestern an der Nordseeferste herrschte, brachte in der Elbmündung ein bisher unbekanntes Schiff in Seenot. Gegen 1 Uhr nachts wurden von einem Dampfer bei Scharhorn Notrufe ausgesandt. Die beiden Hamburger Vergungsdampfer „Simson“ und „Heros“ eilten sofort zur Hilfe. Sie erschienen noch in der Nacht an der Unfallstelle, doch konnten sie den Dampfer nicht mehr erreichen, da er schon hoch auf den Sand getrieben war. Weber der Name noch die Nationalität des Schiffes ließen sich feststellen. Man bog für die Befragung schwerste Befragung.

Cuxhaven, 21. Oktober. Der auf Strand geworfene unbekanntes Dampfer liegt auf der Westseite von Scharhorn. Ingesamt sind drei Schlepser zur Hilfeleistung ausgesandt und versuchen, an das gestrandete Schiff heranzukommen, was bei der schweren Brandung vorerst noch unmöglich ist. Die Versuche, mit dem Dampfer in funktentelegraphische Verbindung zu kommen, sind bisher vergeblich gewesen. Da das Schiff auf Junfrufe keine Antwort gibt, vermutet man, daß es von der Befragung bereits verlassen worden ist. Die Vergungsarbeiten werden fortgesetzt.

Beim Wildern erschossen. In der Nacht auf Mittwoch hörten die in Eidlitz bei Komotau stationierten Jäger Ceidler und Krow im nahen Jagdrevier Schöhl Schüsse fallen, denen sie nachgingen. Bei Schöhl sahen sie in den Feldern mehrere mit starken Reflektoren ausgerüstete Wilderer, welche offenbar versuchten, die Jäger einzufangen. Als diese gegen die Wilderer vorgingen, wurden sie angezündet. Einer der Wilderer gab einen Schuß auf die Jäger ab, die hierauf mit vier Schüssen antworteten. Hierbei wurde einer der Wilderer, der 28 Jahre alte Arbeiter Burkus aus Tschern, getroffen und sofort getötet. Die übrigen Wilderer konnten unerkannt entkommen.

Töbliches Autounglück in Bilm. In den Vormittagsstunden zwischen 8 und halb 9 Uhr ereignete sich in der Rotalstraße in Bilm ein töbliches Autounglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. An der genannten Stelle kreuzten sich zwei Lastautos, wovon das eine eine Frau, die ihr Kind zur Schule geführt hat und am Rückweg begriffen war, niederstieß, wobei der Wagen direkt über den Kopf der unglücklichen Frau ging und ihn derart gerietmerte, daß das Gehirn un-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Freitag. Prag: 12.15: Schallplatten. 14: Schallplatten. 17.06: Klavier-Trios. 18.25: Deutsche Sendung: Uebertragung von der Kunstausstellung und Phonograph. 19.30: Blasmusik. 20.20: Nieder und Urien. 21: Orchesterkonzert. — Brünn: 15: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Mader: Der Aufbruch und seine Messung. — Rühr.-Ohran: 10.30: Schallplatten. 12.35: Orchesterkonzert. 16: Kinderlieder. — Preßburg: 18: Ungarische Stunde. 20.20: Konzert. — Berlin: 16.30: Deutsche romanische Musik. — Breslau: 16.30: Die Donatosen singen. — Hamburg: 17.20: Lorging Stunde. 22.30: Vom sonnigen Süden. — Leipzig: 19.30: Mandolinenkonzert.

gefährt 1 1/2 m bis auf den Gehsteig geschleudert wurde. Die Verunglückte ist die Frau des Herrn Verwalters Dvorak in Bilm. Der Wagen, der die Frau überfuhr, gehört der Firma Civin Wenzel, Dolni Racoce. Der Platz, auf dem das Unglück geschah, wurde sofort von der Polizei gesperrt und es fand unmittelbar darauf der gerichtliche Sektionsgenosse statt. Die Erhebungen über die Schuld des Wagenlenkers sind noch nicht abgeschlossen.

Edisons Grab. Der verstorbene amerikanische Erfinder Edison soll nur vorläufig auf dem Friedhof von West-Orange beigesetzt werden. Für später ist Ueberführung nach Milan (Ohio) vorgesehen. Hier soll an der Grabstätte ein großes Edison-Denkmal errichtet werden.

Vom Juge zerissen. Dienstag um halb 11 Uhr erfuhr umweit der Poststelle Homel bei Mhorod ein Personenzug an einem ungeschickten Bahnübergang einen Lastenwagen des bulgarischen Gärtners Rigor Ivanow, der vom 16-jährigen Gehilfen Steppan Pejtes gelenkt wurde. Der Wagen wurde unter die Lokomotive gerissen, vollkommen zertrümmert und Pejtes vom Juge vollkommen zertrümmert. Die dem Wagen vorgepressten Pferde blieben unversehrt.

Postraub. Gestern nacht wurde eine saubere Kasse beim Postamt in Bilmowitz ausgeraubt. Den Dieben fiel ein Betrag von 13.000 Kronen und 27.000 Kronen in Briefmarken in die Hände. Die Einbrecher versuchten auch in das im selben Haus gelegene Steueramt zu gelangen, sie ertrugen aber nur die eiserne Tür und konnten nicht weiter gelangen. Gendarmen ergriffen nach den Tätern.

Rauschspieler mit neuem Lied; Spiel mit ... unterliegen. Seit Jahren magt den Spielergebetenen Nordböhmens eine in Bodenbach-Leipzger beheimatete Bande beruhsmäßiger Rauschspieler zu schaffien, die ihre Tätigkeit teils bis ins Niederland, teils bis in die westböhmischen Kantone verlegt und ihre Opfer in der niederträchtigen Weise aussaucien. Auch auf hart frequentierten Eisenbahnlinien sind die Mitglieder der „Derz-Ks“-Bande von Bodenbach tätig, und mancher Reisende kann ein trübes Schicksal davon singen, wie er bei einem Spätköper, das sehr vielberühmter für ihn begann, den Zu-ait seiner Bärse verloren bot. Einige Mitglieder der Rauschspielergesellschaft erzielte vor kurzem in Reichstadt ihr Schicksal, nachdem sie sich in B.-Reipa und in der Barandorff-Namburger Gegend erfolgreich betätigt hatten, und sie wurden von langer Zeit unerschädlich gemacht; die Laten und Abeneuer der Glückbrüter oder haben keine Unerbrechung erfahren, weil die „Erkaleute“ der festgenommenen Betrüger sofort die Lade ausfüllen und die systematische Vererbung veritranensfähiger Rauschspieler fortsetzen. Der neueste Trick der Bande besteht darin, daß sie zum Spiel, um nicht aufzufallen, nicht mehr die üblichen Karten benützt, sondern runde Bierunterzüge aus Poppe. Das Opfer, dem sich die Gauner nähern, findet an der Reueit des Spiels Interesse und läßt es auf einen Versuch ankommen, der immer positiv ausfällt, d. h. das Opfer gewinnt. Auch beim zweiten- und drittenmal kommt ihm der Gewinn zugute. Bei jedem Spiel wird der Einsatz höher. Ist er hoch genug, dann ziehen die Rauschspieler die Schlinge um ihren vertrauensfertigen Partner rücksichtslos zur mit den gefesteten und gekennzeichneten Bierunterzügen ist es ihnen ein Leichtes, dem Spiel die von ihnen gewünschte Richtung zu geben — und der Erfolg ist in jedem Falle der, daß die Bande mit beträchtlichen Gewinnen abzieht, während das betraute Opfer seinem oft in schwerer Arbeit verdienenen Geld nachtrachtet. Dieser Tage wieder betätigten sich Mitglieder der „Derz-Ks“-Bande in Schnell- und Personenzügen auf der Strecke Prag—Bodenbach. Sie fanden zahlreiche Opfer, wovon einem von ihnen so läbel mitgeschleift wurde, daß es in Bodenbach, wo es völlig ausgeraubt ankam, die Anzeige gegen die Banditen erhaltete. Zu spät, wie sich zeigte, denn die Mitglieder der Bande waren rechtzeitig verschwunden. — Alle Eisenbahnreisende, denen von Unbekannten die Teilnahme an einem „harmlosen Spielchen“ vorgeschlagen wird, seien neuerlich und eindringlich in ihrem eigenen Interesse gewarnt. Der „Einführung“ nachzukommen!

Flüchtling in einem Lebensmittelgeschäft. Im Stadtblöckel Borked in Offen drang Dienstag abends eine etwa 40 Mann starke Horde in eine Verkaufsstelle des Konsumvereines „Selbsthilfe“ ein, nachdem sie die Eingangstüre zertrümmert hatte. Sie entwendete Lebensmittel aller Art. Was die Flüchtlinge nicht mitnehmen konnten, wurde von ihnen vernichtet. Sie warfen Eier gegen die Wand, zertraten Lebensmittel und schickten dann unter dem Rufe „Heil Hitler!“ Es ist einwandfrei festgestellt, daß es sich um Leute handelt, die vorher an einer kommunistischen Demonstration teilgenommen hatten und durch das Ueberfallkommando in eine Nebenstraße abgedrängt worden waren.

Versicherungsmord auf der Kirchentempel.
Die Amsterdamer Strafkammer verhandelt gegen einen des Mordes und Versicherungsbetruges angeklagten 43jährigen Dachdeckermeister, der beschuldigt wird, im Mai 1929 seinen Gefellen von der Kuppel der Amsterdamer Gerardus Majella-Kirche hinuntergestürzt und dadurch seinen Tod verursacht zu haben; kurz zuvor hatte der Dachdeckermeister mit dem getöteten Gefellen eine Versicherung auf Gegenseitigkeit im Betrag von 50.000 Gulden für den Todesfall abgeschlossen. Die 50.000 Gulden sind dem Dachdeckermeister damals ausbezahlt worden. Der erste Verdacht entstand, als der Angeklagte später bei einem anderen Gefellen das gleiche Räuber auf einen Betrag von 80.000 Gulden wiederholen wollte. Die daraufhin veranlaßte Untersuchung ergab, daß der getötete Gefelle ohne Gewalt von der Arbeitsstelle auf der Kirchentempel gar nicht hätte abstürzen können. Der Staatsanwalt forderte lebenslängliche Gefängnisstrafe. Die Urteilsverkündung wird in zwei Wochen erfolgen.

Peinliche Situation für die Polizei. Die „New York Herald“ berichtet, kam es an Bord der „Sie de France“, mit der Laval reist, zu einem unliebsamen Zwischenfall. Eine reiche Amerikanerin teilte der Schiffspolizei mit, daß ihr aus der nicht verschlossenen Schublade in der Kabine Schmuckgegenstände im Werte von 50.000 Dollar entwendet wurden. Der Polizeikommissar fahndete die Sache nach New York. In solchen Fällen pflegt man sämtliche Reisende vor der Ausschiffung einer polizeilichen Untersuchung zu unterziehen.

Wie die Bürokratie Filme zensuriert.

Ein Prager Filmindustrieller kauft drei alte Einakter von Chaplin die in Prag schon vor einigen Jahren gelaufen sind, pappt sie zusammen und erzeigt so in eigener Regie einen abendfüllenden Film: die Zensur verbietet diesen Film mit der Begründung, daß er roh sei, daß in ihm zu viel gerannt werde und daß dadurch die „Sittlichkeit“ bedroht sei. Nichts weiter; keine Antwort auf die so nobel klingende Frage, wessen Sittlichkeit eigentlich so entsetzlich bedroht ist, wo die sogenannte Sittlichkeit lebt, blüht oder gar gedeiht, zu deren Heil und Sieg diese beglückende Maßnahme erforderlich erscheint? Im heiligen Zensurbeirat, der in Wahrheit nur ein willenloses Werkzeug der reaktionären Bestrebungen der Bürokratie des Innenministeriums ist und jährlich 120.000 K kostet, im Zensurbeirat sitzen Frauen, sogar die bekannte und oft gewürdigte Dame aus Erziehungskreisen, deren nebulöses Intelligenz bis jetzt selber noch niemals geküßt worden ist, und diese Frauen wissen nichts von Chaplin und der unendlichsten Freude, die er ihren Kindern schon ungezählte Male bereitet hat, in seiner glücklichen Welt, da seine Kurzfilme noch nicht unmodern und von einer verrotteten Tonfilmmanie ausgehalten waren; sämtliche Weisheit unserer Zensur mit dem Herrn Ministerialrat Anders an der Spitze sind so grobartige Filmkassente, daß sie nichts davon wissen, welche Chaplin-Filme vor einigen Jahren das zarte Zensurherz nicht zum empörten Bochen gebracht hatten.

Und dieser Organisation ist man ausgeliefert; dieser Organisation ist bisher das Ullige Dornröschen nicht gelegt worden; und diese Organisation, die ihre Unbildung in ungezählten Fällen klar bewiesen hat, darf weiterleben. Sie hat den letzten Film mit Heinrich George „Menschen hinter Gittern“ ver-

boten, dann freigegeben, als aber die ersten Besucher ins Kino Alfa kamen, war die Zensurkarte wieder einmal nicht da; und die edle Verbündete der wachsamem Zensur, die fleißige Polizei, hat die Aufführung „auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen“ nicht erlaubt; es kam zu peinlichen Szenen vor der Kinokassa, weil die Leute eben nicht für einen guten Film eine edle Tränenlimonade ohne Protest hinnehmen.

Es ist die Organisation der Filmzensur, die es auf dem Gewissen hat, daß man in der Tschechoslowakei die „Dreigroschenoper“ im Film nicht zu sehen bekommt, weil die Filmhändler mit Recht davon überzeugt sind, daß die Zensur „einstimmig“ die Bevölkerung nicht für reif genug halten wird, ein Kollektivproblem zu erfassen. Unsere Zensur ist ganz unpolitisch; aber das Wort „Sozialistisch“ ist schon jahrelang auf der Stummen oder stummenden Leinwand verpönt; und deshalb mußte vor ein paar Wochen im Prager Kino „Praha“ ein ausgezeichnete Kassenfilm „Was jede Frau wissen soll“ ohne Angabe der Produktionsfirma laufen. Die demokratische Organisation der Filmzensur ist heute so weit, ihre Erkenntnisse aus dem Monat Juli zu veröffentlichen, ohne Angabe von Gründen, wie es in jedem Freistaat doch recht und sächlich ist. Die demokratische Organisation der Filmzensur ist heute so weit, den Standpunkt zu vertreten, daß eine Filmvorführung vor geladenen Gästen dann eine öffentliche ist, wenn sie in einem Kino stattfindet, das nach dem Beamtenjargon ein „öffentlicher Ort“ ist.

Diese Obrigkeit, die sich gewöhnt hat, einem Vertreter der Filmpublizität Zutritt zu gewähren, die es so weit gebracht hat, daß die Filmverleiher und -Lehrer aus Furcht vor der unvermeidlichen Restriktion von ersten Filmen nichts mehr wissen wollen, wird von der demokratischen Republik noch bezahlt!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Ende des Kapitalismus.

Mit diesem Thema befaßt sich im Leitartikel der „Károlyi Újsz“ vom Sonntag, den 18. d., der Chefredakteur des Blattes Ant. Pimper. Es ist wohl selbstverständlich, daß Pimper sich gegen die Ansicht stellt, die jetzige Weltwirtschaftskrise könnte das Ende des Kapitalismus bedeuten. Diese Ansicht könnte auch gewiß kein Grund sein, sich mit dem Artikel auseinanderzusetzen. Daß wir dies dennoch tun, hat seine Ursache darin, weil die Abhandlung dieses immerhin als bedeutend angesehenen Volkswirtschaftlers die ganze Hilfslosigkeit der kapitalistischen Klasse schlagend dargetut.

Wer glaubt, daß Pimper irgendwelche Argumente für seine gegenläufige These bringt, der würde sehr irren. Es genügt ihm, den Sozialisten vorzuwerfen, daß sie sich mit Vorliebe mit den Gedanken befassen, wie die heutige Welt und die Wirtschaftsordnung zu vernichten wäre, statt, wie man etwas Neues positiv schaffen oder aufbauen könnte. Daß Pimper nicht weiß, wie sich die Sozialisten einen sozialistischen Staat vorstellen, ist nicht weiter verwunderlich. Wenn er jedoch den Sozialisten einen Großteil der Schuld an der jetzigen Krise zuschiebt, so will er vermutlich damit nur das unschreiben, was der

Agarier Stanzel im Parlament offen ausspricht, daß nämlich die sozialen Lasten und die Sozialpolitik an allem Elend schuld seien. Sein Hauptargument gegen die in dem Titel enthaltene These besteht jedoch darin, daß „solche Ansichten nicht kundgetan werden sollten in der jetzigen Zeit, wo jeder europäische Staat, auch uns nicht ausgenommen, eines absoluten Vertrauens in seine Zukunft und in die Stabilität der inneren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bedarf“, denn „das gegenseitige Vertrauen von Volk zu Volk werden heutzutage auch nicht verschiedene Theorien und Voraussetzungen über den Zusammenbruch der jetzigen Gesellschaftsordnung besetzen“. Wenn man über die Krise nichts sagen würde und die Kapitalisten ungehorsam ließe, dürfte sich wohl das Vertrauen trotz Arbeitslosigkeit, Zusammenbrüchen und Konzentration, trotz Notatorium in Deutschland, Ungarn, Rumänien, trotz Pfundsenkung und Dollarsucht vermutlich einstellen. So meint es Pimper und er trägt es schwer, daß die Sozialisten von einem sich vorbereitenden das Wesen des Sozialismus beinhaltenen neuen Wirtschaftssystems sprechen. Er hat auch gleich für die bösen Sozialisten eine Vogelersuche bereit, um sie in die Schranken zu weisen, indem er gleich wie seinerzeit Exkaiser Wilhelm II. mit erhobenem Zeigefinger auf die „gelbe Gefahr“ hinweist, die nach Zusammenbruch des Kapitalismus um sofortigen Ueberfluten von Europa durch Chinesen und Japaner führen würde.

Naiv ist die Feststellung, daß „die ganze Welt heute nicht so sehr unter dem Abnahmangel und Ueberproduktion leidet, als vielmehr unter der Krise des allgemeinen Vertrauens, die sich am meisten in den finanziellen Beziehungen der Völker spiegelt“. Es wird hier Ursache und Wirkung verwechselt, denn die Finanzkrise ist ein leidliches Kind der Wirtschaftskrise und nicht umgekehrt. Man mag mit finanztechnischen Mitteln jonglieren wie man will, mag die Währungen spiegelblank neu aufputzen — ohne Lösung der Wirtschaftskrise gibt es auch keine finanzielle Gesundung.

Pimper widmet auch in gleich tiefgründiger Weise einen Absatz seines Artikels der Goldfrage und schreibt: „wenn heute manche soziale (soll wohl heißen: sozialistische) Theoretiker die in manchen Ländern angefallenen Goldvorräte als einen „Tanz um das goldene Kalb“ („Nanoni se zlatému telci“) ansehen, so liegt darin ein großer Irrtum, denn dieses Gold sammelt sich nur in dem Staate, zu welchem man volles Vertrauen hat und flieht aus jenem Staate ab, wo es an diesem Vertrauen mangelt.“ Ganz unsere Ansicht und Pimper kämpft gegen Windmühlen. Wir schreiben auch am 14. Oktober d. J. in unserem Blatte in dem Aufsatz „Der Tanz um das goldene Kalb“: „Man vergah... bei Einführung der Goldwährung... daß das Gold die Eigenschaft der Zugvögel besitzt, daß es sich dort ansiedelt, wo es auch sonst behaglich und warm zu sein scheint...“ Mit keinem Wort berührt jedoch Pimper das wichtige Problem der Goldverteilung, obwohl sich dieses Problem langsam zum Hauptproblem der finanziellen Beziehungen der Staaten zu einander entwickelt.

Als moderner Mensch widmet Pimper auch der sozialen Frage einige Worte. Die Lösung derselben stellt er sich so vor: „In manchen Staaten wie z. B. in Nordamerika darf man auch in Zukunft nicht mehr einen extremen und einseitigen Kapitalismus geltend machen, welcher an

wichtige soziale Aufgaben vergißt und übersteht, daß die Struktur der Gesellschaft sich ändert und daß der Leute, die unabhängig in ihrer Existenz sind, immer weniger werden.“ Wir sind gerührt, daß auch Pimper die fortschreitende Bouverisierung und Proletarisierung der Massen nicht mehr leugnet — sein Rezept ist uns allerdings zu magar.

Zusammenfassend kann man sagen: Unter der ersten Ueberschrift kamen viele Worte und keine Gedanken. Die Veres dieses Artikels ist nur adäquat der Veres in den Köpfen der „Wirtschaftsführer“ und Bankmagnaten, die in großer Sorge sind, weil sie nicht wissen, wohin man heutzutage das Geld halbwegs sicher verschicken könnte und im Uebrigen warten, bis ein Wunder sich einstellt und die Krise verschwindet.

Exekutivomitee der Internationale der Glasarbeiter.

Seit den Jahren 1924-25 sind verschiedene Bemühungen im Gange, um eine Verbesserung der Lage der Glasarbeiter herbeizuführen, die in den autom. Tafelglasfabriken vielfach 56 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Die Internationale der Glasarbeiter erachtet nunmehr den Zeitpunkt für geeignet, diese antisozialen Arbeitsverhältnisse endlich durch eine geeignete internationale Reglementierung zu beseitigen, und hat sich daher an das Internationale Arbeitsamt in Genf mit dem dringenden Ersuchen gewandt, diese Frage ganz bestimmt auf die Tagesordnung der im Jahre 1932 stattfindenden Internationalen Arbeitskonferenz zu setzen. Die Glasarbeiter fordern in den autom. Tafelglasfabriken die Einführung des Systems der 4 Arbeitsschichten zu je 8 Arbeitsstunden, wobei auf jede Arbeitsschicht ein ganzer Arbeitstag von 24 Stunden zu folgen hat. Ein besonderes Komitee von Experten hat erst heuer (im Mai) den ganzen Progenkomplex genauestens geprüft und ist dabei zu dem Resultate gelangt, daß eine Reglementierung der Arbeitsschicht in den autom. Tafelglasfabriken, welche sich schon vor mehreren Jahren als durchaus notwendig erwiesen hat, auf keine besonderen technischen Schwierigkeiten stoßen würde. Es wird hierbei besonders auf den Umstand verwiesen, daß das System der 4 Arbeitsschichten schon seit Jahren in Frankreich, Belgien und anderen Staaten eingeführt ist, und es wird hieraus geschlossen, daß die Einführung desselben in anderen Ländern ebenfalls keinen Schwierigkeiten begegnen könnte.

Ägyptens Interesse für das Internationale Arbeitsamt in Genf. Wie seinerzeit China, hat nunmehr auch Ägypten an das Internationale Arbeitsamt in Genf das Ersuchen gestellt, eine eigene Kommission zu ernennen, welche die besonderen Verhältnisse in der ägyptischen Industrie an Ort und Stelle zu untersuchen und der ägyptischen Regierung hierauf geeignete Vorschläge zur Organisation des ägyptischen Arbeitsamtes zu unterbreiten hätte. Dieser Schritt der ägyptischen Regierung, welche bereits im Laufe des vergangenen Sommers durch ihren Vertreter besondere Studien in Genf anstellen ließ, ist lebhaft zu begrüßen, da er beweist, welches Ansehen das Internationale Arbeitsamt in Genf auch in solchen Staaten genießt, die bis jetzt noch nicht Mitglieder der internationalen Organisation sind.

Bücherchau. Revolution und Konterrevolution in China.

Seit dem Sturz der Mandchu-Dynastie im Jahre 1912 gleicht China einem ungeheuren, brodelnden Dergassefessel und es gibt sicher nur wenige, die sich in dem verwirrenden Bild der sich überlagernden revolutionären Geschehnisse zurechtfinden. Manche Bücher sind über die Geschichte der Ereignisse dieser letzten zwei Jahrzehnte geschrieben worden, doch sicher kein so ausführliches, wie das Buch im Verlage der Soziologischen Verlaganstalt, Berlin, herausgegebenen Werk „Revolution und Konterrevolution in China.“ (Ums 500 Seiten, Preis M. 7.20, geb. M. 9.50.) Bemerkenswert ist das Buch schon durch die Person des Verfassers. Er ist ein gegenwärtig in Berlin lebender und europäisch gebildeter Jude, der seit seiner Jugend mit der revolutionären Bewegung in der ganzen Kolonahwelt die engsten Beziehungen aufrecht gehalten hat und der mehrere Jahre lang eine nicht unwichtige Rolle bei der Tätigkeit der kommunistischen Internationale in jenen Gegenden gespielt hat und der schon vor der Gründung der kommunistischen Internationale an der revolutionären Bewegung in China, Hollandisch-Indien, Mexiko und auf den Philippinen teilgenommen hat. Selber hat dieser Revolutionär das Schicksal so mancher anderen Intellektuellen, der sich nicht zum willenlosen Werkzeug der jeweils in der kommunistischen Internationale herrschenden Personen und Mächten herabwürdigen lassen wollte, geteilt; er wurde von Moskau erkomuniziert und gehört der kommunistischen Opposition an.

R. Roy wollte, wie er selbst sagt, mit dem Buche sein fachwissenschaftliches Werk schreiben, vielmehr versuchen, die moderne Geschichte Chinas, seine gegenwärtige Situation, die dort kämpfenden Kräfte und die sie bewegenden sozialen Faktoren auf Grund der marxistischen, materialistisch-dialektischen Forschungsmethode zu analysieren und darzustellen. Es ist das Buch eines Mitläufers an der chinesischen Revolution, ein politisches Buch, es aber auch eine

Untersuchung der Geschichte des Landes von seiner Frühzeit her bietet und theoretisch eine Anzahl grundlegender gesellschaftlicher und politischer Fragen in ihrer besonderen chinesischen Erscheinungsform prüft. Seine Hauptaufgabe sieht der Verfasser darin, die sozialen und politischen Probleme des gegenwärtigen China in die ihm richtig erscheinenden Perspektiven zu rücken.

Die Mängel des Buches liegen darin, daß sich der Verfasser, obwohl er an der Tätigkeit der Abgesandten der kommunistischen Internationale in öfter Kritik ist, doch ganz in kommunistischen Gedankengängen bewegt und daß er den Charakter der chinesischen Revolution als den einer nationalen und bürgerlich-demokratischen Bewegung ebenso verkennet, wie er sich der Täuschung hingibt, es wäre möglich, diese Bewegung zu einer proletarisch-sozialen Revolution umzugestalten, von welcher Täuschung er auch nicht durch die vollständige Niederlage der bolschewistischen Aspirationen in China und durch die unter den blutigsten Repressionen zur Herrschaft gelangten Konterrevolution geheilt wurde. Dessenungeachtet ist das Buch ein wertvoller Führer durch das Chaos der chinesischen Ereignisse. Der Leipziger, dem Vogeroustand, der aus Ring Tang und ihrem Gründer Sun Yat-sen widmet der Autor besondere und äußerst ausführliche Kapitel. R. Roy will nicht „objektiv“ sein, dennoch wird jeder aus seinem Werke nützliche Aufschlüsse schöpfen und was ihm als vergebliches Chaos vorkommt, wird ihm nach der Lesart des Buches als ein geschichtlicher Prozeß erscheinen. In diesem Sinne erfüllt das Buch in vollem Maße seinen Zweck.

„Reparationen und Rüstungen.“ Von Benedikt Rautsky. Verlag Sch. u. Co., Wien-Beipzig. Dem Verfasser, einem Sohne Karl Rautsky, ist hier ein Werk zu danken, das ebenso tiefgründig und gewissenhaft, wie anregend und inhaltsreich ist. In der nicht geringen Literatur über das Problem der Reparationen fällt es eine Lücke aus, denn bisher hat ein Buch, das die Zusammenhänge der deutschen Innenpolitik mit den Reparationen — von den leichten Strömeleiten „nationaler“ Politik absehen — behandelt, für den Politiker in dieses Buch, das aus gründlichem Studium und tiefer Sogkennt-

nis geschöpft ist, als unentbehrlich zu bezeichnen. Benedikt Rautsky Darlegungen sind die eines Verständigungspolitikers“ und er beweist, daß für Deutschland nur der Weg, den seine Außenpolitik, wenn auch mit mancherlei Schwankungen, seit der Verständigung des Ruhrkampfes gegangen ist, das ist der der Verständigung, geliebten ist, während jeder andere noch tiefer in Unglück, Elend und Knechtschaft geführt hätte, aber dessen ungeachtet hält er die Reparationen für eine Hauptursache der Störungen auf dem Weltmarkt und ist der Ueberzeugung, daß die ökonomische Vernunft, die heute in allen Ländern unter dem Einfluß der Krise vor die Hände gegangen ist, sich einmal Bahn brechen und wenn schon nicht eine völlige Streichung der Kriegsschulden, so doch eine weitgehende Reduktion vorsehen wird. Das Buch Benedikt Rautsky ist auch eine gründliche Abrechnung mit den nationalistischen Parteien, die die Hege gegen die Verständigungspolitik zu ihrem Hauptagitationsmittel gemacht haben und der „Bedrohlichmachung“ Deutschlands das Wort reden, obwohl, wenn sie zur Herrschaft kämen, auch sie nur den Weg der Verständigungspolitik gehen müßten und eine neue Rüstungspolitik Deutschland wesentlich mehr kosten würde, als die Reparationszahlungen. Der Verfasser beschränkt sich dabei nicht auf eine allgemeine Polemik, sondern erhärtet seine Behauptungen durch viele Zahlen und Statistiken. Das Buch enthält auch eine historische Darlegung der Entwicklung der Reparationsfrage und es heißt darin mit Recht: „Wenn die Sozialdemokratie wirklich nur Parteipolitik hätte treiben wollen — sie hätte es leicht tun und den Kommunisten wie den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen können. Aus Deutschland wäre dann aber schon längst ein Trümmerhaufen geworden, wenn nicht gar Europa in einen neuen Krieg gestürzt worden wäre, der die letzten Reste seines materiellen und kulturellen Reichtums vernichtet hätte.“ Lesern, die sich über die Reparations- und die Rüstungsfrage gewissenhaft informieren wollen, kann das Buch aufs beste empfohlen werden.

„Lage der Jugend.“ Von Banait Jstrati. Verlag R. Piper u. Co., München. Der große rumänische Dichter, der hier ein Buch seiner Selbstbiographie schreibt, unterläßt es, seine Erzählung als Roman zu bezeichnen und doch erscheint diese

Geschichte eines aus den tiefsten Elendschichten Emporgestiegenen dunter und bewegter als mancher abenteuerliche Roman. Außer dem heftigen Vertrieh ist so nichts an dieser Jugend, was an die eines Dichters erinnern könnte. Von schwierigen Entscheidungen ist die Jugend dieses Sohnes einer armen Wäscherin in Bralla begleitet und doch liegt im Verhältnis zu dem bösen Schicksal, das ihm zuteil wird, als er sein Brot in einer zweifelhaften Schenke als Kellnerlehrling selbst verdienen muß, ein Glückshimmer über diesen Jugendtagen. Jeder der Schritte auf der Rennbahn, wo der Kampf für den Armen so bitter ist, wird ihm zur Qual. Wanderholl erzählt Panait Jstrati von dem gütigen Freunde, einem alten Kapitän, den er in der Hölle, in die er geraten ist, findet. Als blinder Passagier schmuggelt er sich, um der unmenschlichen Schinderei zu entkommen, auf ein Schiff, um nach Frankreich zu gelangen, doch wird er entdeckt und in Neapel ans Land gesetzt, wo er Wochen des entsetzlichen Hungers durchlebt. Es gibt herrliche Stellen in dem Buche, daß gewiß in der Darstellung der weiteren Erlebnisse des Dichters seine Fortsetzung erfahren wird, Stellen voll dichterischer Schönheit und hinreißender Kraft. In tiefer Ergriffenheit wird es der menschlich empfindende Leser aus der Hand legen.

„Stahl und Blut.“ Roman von Frank Arna u. 334 Seiten. M. 2.50, geb. M. 3.85. Merlin-Verlag, Baden-Baden. Würde dies Buch die innere Notwendigkeit der Sammlung unter dem Titel „Wo es Stärkere gibt, immer auf Seite der Schwächeren!“ zu erkennen mehr, so wäre eigentlich die Aufgabe, die ich mir selbst gestellt habe, erfüllt. So sagt der Autor im Vorwort und man darf ihm das Zeugnis ausstellen, daß er in unterhaltender Form in der Tat diesen Zweck in vollem Maße erreicht. Sozial empfindungslos wird dieser Roman niemanden lassen. Er führt uns in das Getriebe eines modernen Großbetriebes, zeigt das Leben der Arbeiter sowohl wie das der Herrschicht. Die Typen, die er vor uns hinstellt, sind klar modelliert, man wird ihnen Naturtreue nicht absprechen können. Die Handlung ist spannend, logisch aufgebaut und anstellernd in hohem Maße. Ein sozialer Roman, wahrheitsreudig, mutig und kämpferisch.

BEREITEN SIE SICH VOR FÜR DEN KOMMENDEN WINTER.

Das Erste, was Sie in den allernächsten Tagen besorgen sollten, um für den kommenden Winter rechtzeitig vorbereitet zu sein, ist ein warmer Schuh. Schieben Sie Ihre Einkäufe nicht auf. Besorgen Sie sich noch heute Ihre Winterschuhe. In unseren Verkaufsstellen steht Ihnen eine noch grössere Auswahl als bisher zur Verfügung und Sie können daher noch besser bedient werden.

19.-



Nr. 6-8 (23-26) Modell 2861-01
Warme Ganzgummi - Kindergaloschen mit
Sammt eingefasst. Verschluss durch Schnalle.
Nr. 9-1 (27-33) KZ 25.-

29.-



Ganzgummigaloshen. Modell 1865-01
Warmgefütterte Galoschen, welche Ihre
Schuhe trocken halten und Ihre Füße auch
bei der schlechtesten Witterung vor Nässe
schützen. Mit Patent Reissverschluss KZ 49.-

49.-



Ganzgummigaloshen. Modell 1887-06
Warmgefütterte Herrengaloshen mit Reissver-
schluss. Gabardine KZ 39.-. Genau nach der Form
unserer Schuhe verfertigt. 8-160

Rata

PRAGER ZEITUNG.

Bier wasserarme Lage für Prag!
Som 30. Oktober bis 2. November. — Umfang-
reicher Nöhrenaustausch.

Prag bezieht sein Trinkwasser bekanntlich aus dem Kreidegebiet von Karant, einer Ortshaus im Gebiet des mittelhöhlichen Elbtales. Im Verhältnis zu den Wasserleitungen anderer Großstädte ist die Länge der Wasserleitung ja nicht besonders groß, was aber die Zahl der größeren und kleineren Kamalitäten betrifft, behauptet unsere Leitung einen ehrenvollen Rang unter Vergleichlichen.

Nun stehen wir vor einer Wasserlaminität großen Formats. Im Rahmen von Alibung-
lan sind Nöhrenaustauschungen großen Maßstabes nötig geworden. Obwohl die Arbeiten ununterbrochen fortgesetzt werden, sind sie doch so umfangreich, daß Prag, soweit es mit Karantwasser versorgt wird (also die innere Stadt, Karolinenthal, Zizkov, Weinberge und Smichow) volle vier Tage, vom 30. Oktober bis 2. November ohne Wasser sein wird. Die äußeren Bezirke, die mit Wasser aus der Podoler Filtration, oder gemischtem Wasser versorgt sind, werden durch die Sperrung der Karantleitung nicht, oder nur zum Teil betroffen.

Die städtischen Behörden hatten sich zuerst mit der lakonischen Ankündigung des Maßheures begnügt und der väterlichen Mahnung, sich für vier Tage (!) mit Wasser zu versehen. Später ließ man sich herbei, einige beruhigende Mitteilungen nachzuschicken, denn der Verdruß der Bevölkerung war groß.

Zur Wasserversorgung der Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen hat das städtische Bauamt seine Wassertanks zur Verfügung gestellt, wozu noch private Fahrzeuge dieser Art requiriert wurden. Diese Wasserwagen werden also durch die Straßen fahren und Wasser abgeben. Die Nachfüllung erfolgt ständig bei den großen Reservoiren auf der Petna (Belvedere) und den Weinbergen. Allerdings handelt es sich durchwegs um filtriertes und mit Chlor desinfiziertes Moldauwasser, das zwar nach den alltäglichen mikroskopischen Untersuchungen des Stadtphysikats absolut keimfrei ist, dem aber ein Chlorgehalt anhaftet, der nicht jedermanns Sache ist. Nun wird also ganz Prag Gelegenheit haben, die Qualität des berühmten Filtrierwassers aus Podol kennen zu lernen, mit dem bisher nur die Augenbeirte beglückt werden.

Kaffee- und Gasthäuser, öffentliche Wälder, die Feuerweh und sonstige wichtige Betriebe (Kronenhäuser u. dgl.) werden besonders versorgt werden. Ursprünglich bestand der Plan, die Theater während der vier Tage geschlossen zu halten (wegen Feuergefahr), doch ist man von dieser Maßnahme abgekommen, weil die Feuerweh Vorkehrungen getroffen hat, in jedem Falle aktionsfähig zu sein. Der normale Wasserbedarf der Stadt (etwa 100.000 Kubikmeter) ist angeblich zu fünfzig Prozent gedeckt.

Jedenfalls aber empfiehlt es sich, trotz der genannten Maßnahmen, sich einen möglichst großen Vorrat von Rohwasser anzuschaffen. Angenehm werden diese vier Tage keineswegs sein. Nur die Soda- und Mineralwasserfirmen haben ihre Freude daran, denn sie erwarten mit Recht einen Umsatz, wie er ihnen sonst nur zur Zeit der ärgsten Grundstagschneen blüht.

Bei dieser Gelegenheit wäre jedenfalls die Frage am Platz, ob nicht die chronische Wasserlaminität Prags, die der Stadt wenig Ehre macht, endlich durch ein großzügiges Projekt gelöst werden wird. Das Podoler Werk bedeutet keine Lösung, denn eine Großstadt hat schließlich die Pflicht, ihren Bürgern nicht nur

„keimfreies“, sondern auch solches Wasser zu liefern, das ohne Widerwillen zu trinken ist.

Mangel an Lehrlingen in Prag. Das städtische Arbeitsamt hat im Monat September 77 gewerbliche Lehrstellen vermittelt. Die Nachfrage war weit größer als das Angebot der Lehrlinge. Schon seit längerer Zeit ist ein starkes Nachlassen des Zudranges der arbeitenden Jugend zu gewerblichen Lehrstellen festzustellen. Verhältnismäßig noch am stärksten war das Angebot von Lehrlingen in den technischen Berufen (Monteure, Installateure, Schlosser), fast gar nicht gefragt ist das Schuhmacherhandwerk, ebenso die Schneiderei u. a.

Die Allgemeine Pensionsanstalt in Prag verläßt am Montag, den 26. Oktober und Dienstag, den 27. Oktober i. J., findet die Reinigung der Ranzleträumlichkeiten der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag statt. Es wird daher an diesen Tagen in der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag II, Rokynova náběhí Nr. 60 (Zentrale), in der Amtsstelle A der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag II, Podbalská 21, und in der Amtsstelle B der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag Iá, Rokynova náběhí 60, nicht anstift.

Gerichtssaal

Ein Opfer seines „Dienstheifers“.

Die Heimkehr des Kellermeisters.

Prag, 20. Oktober. Der Kellermeister Franz Stanek lebte einmal um 1 Uhr nachts aus dem Dienst heim. Er war in einem Zustande, der ihn die raue Wirklichkeit dieser Welt nicht mehr recht würdigen ließ. So stieg er in die Straßenbahn (es war der letzte Nachtwagen) und hielt dem Schaffner das Fahrgeld hin. Es waren sechs Zwanzig Hellerstücke, zusammen also 1.20 Kr. Der Kondukteur zwickte ungeduldig mit seiner Zange in der Luft herum und forderte ihn auf, noch 80 Heller zuzulegen, denn der Fahrpreis in den Nachtwagen beträgt bekanntlich 2 Kr.

Dieses nicht unbillige Verlangen des Schaffners und das ungeduldige Zwicken der Zange brachte den Betrunknen aber furchtbar auf. Er schrie den Straßenbahnführer an, er sei ein freier Staatsbürger, wenn er darauf beharre, müsse er ihn umsonst befördern u. dgl. Als gültiges Jureden umsonst blieb, wurde die Straßenbahn angehalten und ein Polizist herbeigerufen. Nun aber wurde der Kellermeister noch viel wilder. Er lästerte die Stadtverwaltung, den Bürgermeister und die Leitung der Straßenbahnen, den Kondukteur sowie den Polizisten bedachte er mit der bekannten Aufforderung aus dem „GdG“ und als man ihn abführen wollte, klammerte er sich an den Wagen fest. Als ihn endlich Schaffner und Wächmann mit vereinten Kräften losgemacht hatten, schlug sein Zorn in Wahn um. Er jammerte, daß er nun zu Fuß nach Hause gehen müsse, fast zwei Stunden bis an andere Ende der Stadt; nannte sich einen „Unerschrockenen“ u. dgl., so daß die Anstöße der Menge das Publikum in bester Stimmung verlegten.

Aber auch die Richter konnten sich eines Lächelns nicht enthalten, als sie die Rechtfertigung des Angeklagten vernahmen. Er sei, so meinte er, ein Opfer seines Dienstheifers. Er habe von 5 Uhr bis Mitternacht Dienst gemacht und sei daher betrunken gewesen, so betrunken, daß er nicht gewußt habe, was er tue. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß ihn doch niemand gezwungen habe, sich so anzutrinken, aber er bleibt dabei. Er sei noch nicht lange im Dienst und habe sich in seinem Dienst „orientieren“ wollen.

Er bekam wegen Verleumdung einer Amtsperson zwei Monate Zwangsarbeit, da er aber sonst ein wohlverhaltener Mann ist und

mit dem Gericht bisher nie zu tun hatte, mit einer Bewährungsfrist von zwei Jahren. Er bedankte sich und versprach, seinen Dienstheifer künftig nicht mehr so zu überreiben. Dann lud er die Jengen auf ein Glas Bier ein und einträchtig verließen alle tief den Saal. rb.

Eine sonderbare Kindesweglegung mit glücklichem Ausgang.

Prag, 21. Oktober. Wenn man das Wort „Kindesweglegung“ hört, denkt man unwillkürlich an eine verzweifelte, ratlose Mutter, die sich sonst keinen anderen Rat mehr weiß, als sich ihres Kindes zu entäußern. Der Fall, der vor dem Senat des OVR. Sitta zur Verhandlung kam und sich auf einer Anklage nach diesem tragischen Paragraphen aufbaute, liegt aber anders. Hier war es der Vater, der sein Kind „weglegte“ und keineswegs in der Absicht, sich seiner zu entledigen, sondern weil er vollkommen ratlos war, was er im Augenblick mit seinem Sproßling beginnen sollte.

Ein Schneider vom Lande hatte in Prag lobnende Arbeit gefunden und vergaß darüber leider völlig seine Frau und sein feines Kind, die daheim geblieben waren und hungern mußten, weil der pflichtvergessene Vater ihnen kein Geld schickte. So kam die Frau mit dem Kinde nach Prag. Sie holte ihren Mann von seiner Arbeitstätte ab und sprach sich gründlich mit ihm aus. Vor dem Dentstbühndel geriet das Ehepaar in heftigen Wortwechsel. In der Erregung drückte die Frau den Säugling ihrem Mann in den Arm und ließ davon, ehe er sich recht besonnen hatte. Da stand er nun und wußte nicht, was anfangen. Das Kind in sein Zimmer mitzunehmen, davon konnte keine Rede sein. Was hätte die Quartiersfrau und die Schloßkollegen dazu gesagt? Er trug das Kind also in eine Tagesheimstätte, wo man ihn abließ, denn für solche Zwecke war man nicht eingerichtet. Er ging also auf die Behingel, legte den Säugling vor dem dortigen Wächnerinnenheim auf eine Bank und entließ. Man nahm sich des Kindes an. Aber schon am nächsten Tag kam die Mutter und holte ihren Liebling ab. Das Ehepaar hatte sich natürlich in gewissen gebunden und Besserung versprochen und so weit war alles gut. Verlobt und zufrieden ging man gemeinsam heim.

Aber der Fall, der natürlich der Polizei gemeldet worden war, lief weiter und der Staatsanwalt erhob die Anklage gegen den leichtfertigen Vater. „Kindesweglegung“ ist ein schweres Verbrechen und die Sache hätte sehr böse Folgen haben können. OVR. Sitta, dieser menschlichste aller Richter, der es wirklich versteht, in Seelen zu lesen, nahm sich den Mann denn auch sehr herzlich an. Aber der ist kein Bösewicht, sondern nur ein unbedenklicher Leichtfuß, der in aufrichtiger Reue zerfloß. Das Gericht stellte fest, daß eine Gefahr für das Kind nicht bestanden habe, denn der betreffende Ort ist vom Publikum stark besucht. So ging die Sache glimpflich aus. Der Angeklagte bekam einen Monat strengen Arrests und eine Mahnung mit auf den Weg, die gewiß nicht fruchtlos geblieben ist. rb.

Kunst und Wissen

Beethovens „Neunte“, diese genialste Sinfonie aller Sinfonien, erklang auch vorgestern in einem Sonderkonzerte der Tschechischen Philharmonie, dessen Kapdirigent Bernardino Molinari war, ihre ungeschwächte Anziehungskraft auf das Publikum. Der große Vortragssozial war außerordentlich die Stimmung und Begeisterung der Zuhörer Beethoven entsprechend. Mit der künstlerischen Ausdeutung der „Neunten“ durch Molinari kann man nicht immer einverstanden sein. Er nimmt schon im allgemeinen beschleunigtere Zeitmaße, wie sie einem auf das virtuose Orchester spiel bedachten Dirigenten genehm sind; im Adagio des dritten langsame Satzes aber geht seine Fortsetzung des Zeitmaßes doch wohl auf Kosten der Tiefe und Ruhe dieses Sinfonieabschnittes. Da gegen hielt Molinari ein Scherzo bei aller rhythmischer Lebendigkeit auffallend im Tempo zurück. Der letzte (Chor-)Satz war rhythmisch spritz zusammengefaßt, hätte aber eine wirksamere Gradation vertragen. Ausgezeichnet hielt sich der gemischte Chor des tschechischen Gesangsvereins „Drahohol“, der nicht nur außerordentlich präzis sang, sondern auch sehr schön klang. In einem zuverlässigen und stimmlich gut harmonisierenden Solovortrag hatten sich die Damen Norden (Sopran) und Kráso (Alt) sowie die Herren Lauber (Tenor) und Schwarz (Bariton) zusammengeschlossen. Ganz hervorragende spielte das Orchester der Tschechischen Philharmonie, das auch in drei überflüssigerweise vor der Beethoven-Sinfonie gebrachten Orchesterstücken, — einem Streicherkonzert von Corelli und zwei Sinfonien („Wolken“ und „Feste“) von Debussy — seine außerordentlichen kongenialen Tugenden zu offenbaren Gelegenheiten hatte. E. S.

mischer Lebendigkeit auffallend im Tempo zurück. Der letzte (Chor-)Satz war rhythmisch spritz zusammengefaßt, hätte aber eine wirksamere Gradation vertragen. Ausgezeichnet hielt sich der gemischte Chor des tschechischen Gesangsvereins „Drahohol“, der nicht nur außerordentlich präzis sang, sondern auch sehr schön klang. In einem zuverlässigen und stimmlich gut harmonisierenden Solovortrag hatten sich die Damen Norden (Sopran) und Kráso (Alt) sowie die Herren Lauber (Tenor) und Schwarz (Bariton) zusammengeschlossen. Ganz hervorragende spielte das Orchester der Tschechischen Philharmonie, das auch in drei überflüssigerweise vor der Beethoven-Sinfonie gebrachten Orchesterstücken, — einem Streicherkonzert von Corelli und zwei Sinfonien („Wolken“ und „Feste“) von Debussy — seine außerordentlichen kongenialen Tugenden zu offenbaren Gelegenheiten hatte. E. S.

Sport • Spiel • Körperpflege

„Sport“-Süßes.

Das bürgerliche internationale Olympische Komitee ist eine Körperschaft, die sich zusammensetzt aus Sportführern der verschiedensten Länder und in der die vom Adel den Ton angeben. Wie viel diese Leute aber vom Sport verstehen, dafür spricht der nachstehende Teil aus einer Rede des schwedischen Grafen Clarence Rosen auf dem Olympischen Kongress in Barcelona:

„Ich persönlich glaube, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis die Frau dem Mann sportlich ebenbürtig sein wird. Dann werden wir keine getrennten Wettbewerbe mehr brauchen, sondern Männer und Frauen werden zusammen starten. Schon die mit, was die Athletinnen schon vollbracht haben! Im Reiten sind sie uns gleich. Im Reiten zu schlagen, wird den besten Reiter nicht leicht fallen. Im Schwimmen nähern sich die Frauenverfechter denen der Herren, und im Winter sah ich dabei nordische Skifahrerinnen, die eine ganze Anzahl recht guter schwedischer Springer erheblich übertrafen. Besonders gut liegen sollten die Sportlerinnen Hoch- und Stabhochsprung sowie die Laufftreden zwischen 50 und 300 Meter.“

Genug von diesem Gedeckel, das von Sachkenntnis nicht getrübt ist.

Holland geht auch nicht nach Los Angeles. Der Wägen des Deutschen Reiches und des Deutschen Sportverbandes für die Olympischen Spiele 1932 hat sich jetzt als Nation Holland angeschlossen. Das ist um so überraschender, da Holland nicht im Mittelpunkt der europäischen Sportschaft steht und dieses Land 1928 die Olympischen Spiele in Amsterdam hatte, wobei es ein gutes Stück Geld verdiente. Die holländischen Sportverbände verlanagten vom Staat 100.000 Gulden Unterstützung für die Beteiligung in Los Angeles. Der Staat hat diese Unterstützung abgelehnt. Die holländischen bürgerlichen Sportverbände hatten sich außerdem auf die Unterstützung durch die Banken und aus Unternehmern verlassen, weil diese auch 1928 geholfen. Aber diesmal sind die Olympischen Spiele nicht in Holland, also ist man an der Sache geschäftlich nicht interessiert. Eine große Hilfe wurde auch die Unterstützungslotterie. Nur wenige Lose konnten umgelegt werden. Daß die Mitglieder der bürgerlichen holländischen Sportverbände die Mittel zur Entsendung einer Delegation nach Los Angeles aufbringen würden, daran ist gleich gar nicht zu denken, denn Gemeinschaftssport ist ihnen ein fremder Begriff.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

E. S. Prag, Gruppe I. Freitag, 8 Uhr im Verein deutscher Arbeiter Arbeitsgemeinschaft: Religion, Kirche und Sozialdemokratie Referent: Genosse Prof. Th. Datzwig. Es konnten sich noch neue Teilnehmer dazu melden.